

REGIERUNGS PROGRAMM

'75

SPD

Saar

33

REGIERUNGS PROGRAMM

'75



REGIERUNG
PROGRAMM
75

A51133

Herausgeber: SPD-Landesverband Saar
Verantwortlich: Hans Jürgen Petersdorf, 6600 Saarbrücken
Druck: Union Druck, Saarbrücken

9 1388 FES 11.3.77



” Fast zwei Jahrzehnte CDU-Vorherrschaft an der Saar haben in vielen gesellschaftlichen Bereichen dazu geführt, daß die im Grundgesetz geforderte Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse bei uns im Saarland nicht verwirklicht werden konnte. Die Bürger unseres Landes haben nicht die gleichen Chancen für ihre individuelle Entwicklung erhalten wie in anderen Bundesländern.

Benachteiligt wurden die Bürger unseres Landes durch die **konservative Bildungspolitik** der CDU. Noch heute sträubt sich die amtierende Landesregierung gegen die Einführung eines modernen Bildungssystems. Sie ist gegen entsprechende Einrichtungen und demokratische Entwicklungen, die in anderen Bundesländern längst ihre Bewährungsprobe bestanden haben. Viel zu wenig hat die Landesregierung aber auch auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Struktur- und Verkehrspolitik geleistet. Das gilt vor allem für die letzte Legislaturperiode, in der die CDU die alleinige Regierungsverantwortung hatte.

Nur durch die nach 1966 einsetzende starke Hilfe der Bundesregierung — so für den Autobahnausbau und für strukturschwache Gebiete — konnte

**Benachteiligt durch
konservative
Bildungspolitik**

CDU schmückt sich mit fremden Federn

Ämterbesetzung nach dem Parteibuch

1972
1971
1970

SPD: 1972 stärkste Partei an der Saar

ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Zusammenbruch verhindert werden. Trotz dieser breiten Bundesunterstützung verlassen jährlich Tausende von Bürgern unser Land. Ohne Hilfe des Bundes würde die Abwanderung das Land an der Saar auszehren.

Die Leistungen des Bundes werden von der Landesregierung vielfach anmaßend als Eigenleistungen dargestellt. Die allzu lange CDU-Vorherrschaft hat dazu geführt, daß diese Partei mehr und mehr staatliche Interessen mit parteilichen gleichsetzt. Das hat in unserer Bevölkerung einen Vertrauensschwund in die Überparteilichkeit vieler staatlicher Institutionen bewirkt. Wer öffentliche Ämter, wie z. B. die Positionen der Schulleiter, häufig auch der Schulleiter, der allgemeinen Verwaltung bis hin zu den Richterstellen nur nach dem Parteibuch besetzt, verspielt leichtfertig demokratische Glaubwürdigkeit.

In den letzten Jahren lieferte die CDU-Landesregierung in Absprache mit anderen CDU- und CSU-regierten Ländern durch ihr Verhalten im Bundesrat zahlreiche Beweise für eine rein parteigegensätzliche, oft gegen die Interessen der Mehrheit unserer Bürger gerichtete Obstruktionspolitik. Wenn die SPD-Saar die nächste saarländische Landesregierung führt, dann kann sie durch die Veränderung der Bundesratsmehrheit zugunsten der sozialliberalen Regierungen einen wesentlichen Beitrag zur gesamten Bundespolitik leisten. Dann wird es CDU und CSU nicht mehr möglich sein, entgegen dem Sinn des Grundgesetzes eine Gegenregierung zur Bundesregierung zu praktizieren.

Für unser Land wird die verhängnisvolle Entwicklung (Abwanderungen, Arbeitsplatzverluste, veraltetes Bildungssystem, Fehlen vorausschauender Planung usw.) auf Dauer nur aufgehalten und umgekehrt werden, wenn die CDU im Saarland ihre dominierende Stellung verliert. Es gilt, nach der nächsten Wahl im Interesse unserer Bürger eine Landesregierung unter sozialdemokratischer Führung zu bilden.

Daß wir Sozialdemokraten dieses Ziel erreichen können, haben wir eindrucksvoll bewiesen: bei der Bundestagswahl im November 1972 erhielt die SPD 47,9 Prozent der Zweitstimmen im Saarland. Sie lag damit um 3,5 Prozent vor den Christdemokraten. Ein ähnliches Ergebnis können wir auch bei der kommenden Landtagswahl erreichen.

Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Unsere Landtagskandidaten sind verantwortungsbewußte Bürger, die sich für eine fortschrittliche politische Entwicklung unseres Landes, für die Gesundung unserer Wirtschaft, also für die Interessen der Mitbürger in unserem Land eingesetzt haben und diese Arbeit mit Energie und Erfahrung fortsetzen werden.

Unser Wahlprogramm baut auf den Aussagen des Godesberger Programms auf: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte sozialdemokratischer Politik. Die Sozialdemokraten an der Saar haben sich die Verwirklichung dieser Ziele gemeinsam mit den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa zur Aufgabe demacht.

FREIHEIT setzt soziale und wirtschaftliche Sicherheit voraus. Sie darf nicht nur individuell verwirklicht werden. Sie muß auch mit anderen gemeinsam erlebt werden. Sie darf nicht länger von wirtschaftlich Privilegierten auf Kosten des Freiheitsraums anderer mißbraucht werden.

GERECHTIGKEIT setzt Chancengleichheit in Erziehung, Beruf und Umwelt voraus. So lange es diese Gleichheit der Chancen nicht gibt, bleibt die Gleichberechtigung aller Bürger ein leerer Begriff.

SOLIDARITÄT fordert den Zusammenschluß aller benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft, insbesondere der Arbeitnehmer gegen die wirtschaftlich Mächtigen, um die Ursachen ihrer gemeinsamen Benachteiligungen aufzudecken und zu beseitigen.

Dem Versuch, diesen Interessengegensatz zu verschleiern, müssen wir in Solidarität mit den Gewerkschaften entgegentreten. Die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer haben Vorrang. In ihrer mehr als 100jährigen Geschichte hat die Sozialdemokratische Partei bewiesen, daß sie als einzige Partei für die Arbeitnehmer eingetreten ist. Wir fordern daher, daß in der Saarländischen Verfassung das Verbot der Aussperrung verankert wird. Diese wesentliche Verfassungsänderung wird eine Zweidrittel-Mehrheit der Stimmen im Saarländischen Landtag erforderlich machen. An der Abstimmung wird sich beweisen, wer eine Sicherung der Arbeitnehmerinteressen ernsthaft anstrebt und wer nicht.

**Freiheit, Gerechtigkeit
und Solidarität**

**Freiheit des einzelnen
nicht auf Kosten anderer**

**Ohne Chancengleichheit
keine Gleichberechtigung**

**Solidarität der
Schwachen gegen
die Mächtigen**

Verbot der Aussperrung

Die Abschaffung der Ausperrungsdrohung kann nur ein erster Schritt auf dem Weg unserer gesellschaftspolitischen Ziele sein. Diese können zugunsten der Mehrheit nur durchgesetzt werden, wenn Vermögen und Einkommen, das von allen erarbeitet wird, auch allen zugute kommt. Die jetzigen Ungerechtigkeiten können durch staatliche Sanierungsleistungen nicht überwunden werden. Die Arbeitnehmer, mit ihnen die Gewerkschaften und die SPD, müssen ihre Rechte selbst erkämpfen und die schon vorhandenen durchsetzen. Notwendige Voraussetzung zur Bändigung der Macht der Konzerne ist die gesellschaftliche Kontrolle über alle die Unterehmen, die das Gemeinwohl gefährden (gemäß Artikel 52 der Saarländischen Verfassung).

In den Zeiten nachlassender Konjunktur müssen nach der Logik unseres heutigen Wirtschaftssystems, die Arbeitnehmer durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit die Hauptlast eines wirtschaftlichen Rückgangs tragen. Oberstes Ziel der SPD ist daher das Bürgerrecht auf einen sicheren und menschenwürdigen Arbeitsplatz. Für dieses Ziel ist volle Parität in der Mitbestimmung und der direkte Einfluß der Arbeitnehmer auf Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsorganisation unerlässlich. Grundsätzlich dürfen sich wirtschaftliche Entscheidungen nicht einseitig am betrieblichen Einzelinteresse orientieren. Sie müssen sich am Gemeinwohl messen lassen.

Unser Wahlprogramm macht deutlich, daß wir Sozialdemokraten auf allen Gebieten alternative Politik anbieten. Wir haben die für die große Mehrheit der Arbeitnehmer und des Mittelstandes günstigeren und besseren Vorschläge. Der SPD-Saar geht es dabei nicht um werbewirksame Leerformeln. Die von uns aufgezeigten politischen Ziele sind realistisch und werden verwirklicht werden. Die Menschen an der Saar brauchen mehr praktizierte Sozialdemokratie.

Hauptziel sozialdemokratischer Politik für das Saarland ist es, eine ausreichende Infrastruktur für alle Daseinsbereiche als Grundvoraussetzung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse zu schaffen. Dabei wird die Gesundheitspolitik von besonderem Gewicht sein. So werden unsere Vorhaben zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und -versorgung für alle Bürger unseres Landes, unabhängig von Einkommen und sozialer Stel-

Bürgerrecht auf Arbeitsplatz

Schwerpunkt Gesundheitspolitik

lung, bringen und gleichzeitig zu einer Entlastung der öffentlichen Finanzen führen. Weitreichende Veränderungen werden wir auf dem Gebiet der Haushalts- und Finanzpolitik vornehmen müssen, da die bisherige Praxis der CDU-Landesregierung eine verantwortungsvolle und vorausschauende Planung hat vermissen lassen.

Die Steuergelder unserer Bürger dürfen nicht zur Erhaltung falscher Strukturen oder für untergeordnete Zielsetzungen verwendet werden, sondern müssen im Rahmen einer langfristigen Gesamtplanung zum Einsatz kommen. Wir Saarländer erinnern uns noch gut an die gigantische Fehlinvestition der CDU-Landesregierung, die überall im Land Zwergschulen errichten ließ, obwohl bildungspolitische Erkenntnisse längst viel weiter entwickelt waren. Dieses Negativ-Beispiel mahnt und schreckt zugleich.

Unser Wahlprogramm enthält keine utopischen Forderungen. Wir sagen deutlich, welche Politik wir nicht nur für eine Legislaturperiode durchsetzen werden, wenn wir 1975 die Regierungsverantwortung übernehmen.

Unser schönes Saarland mit seinen tüchtigen Menschen hat es verdient, daß seine Geschicke von Persönlichkeiten bestimmt werden, die der Mehrheit unserer Bevölkerung — den Arbeitnehmern und dem Mittelstand — eng verbunden und verpflichtet sind. Unsere Regierungsmannschaft bietet dafür die Gewähr. Mit der tatkräftigen Unterstützung unserer 27 000 Mitglieder, mit Hilfe unserer Freunde in der Bundesregierung, bereit zu harter Arbeit und mit großer Zuversicht gehen wir daran, unser Land an der Saar für seine Menschen noch lebenswerter zu machen.

Ich bin sicher, daß wir dieses Ziel erreichen werden. ”

**Zwergschulen —
steinerne Zeugen
einer Fehlentwicklung**



FRIEDEL LÄPPLE

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD-Saar
Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten

- 1. Wirtschafts-
und Strukturpolitik**
- 2. Sozialpolitik**
- 3. Gesundheitspolitik**
- 4. Raumordnung,
Städtebau und
Wohnungswesen**
- 5. Umweltpolitik**
- 6. Bildungspolitik**
- 7. Medienpolitik**
- 8. Freizeit**
- 9. Innere Sicherheit**
- 10. Das Saarland
und der Bund**

I. Wirtschafts- und Strukturpolitik

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland wird durch die konzentrierte Macht von Konzernen, deren Verbände und Bürokratien gekennzeichnet, die sich vornehmlich am betrieblichen Einzelinteresse orientieren. Sozialdemokraten haben sich immer für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingesetzt, in der die Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes stärker sein sollen als die Macht der Wenigen. Dazu dient die Steuerung der wirtschaftlichen Kräfte nach gesamtgesellschaftlichen Maßstäben, in deren Rahmen der Markt zur Feinsteuerung dienen und daher ausgebaut werden kann.

Oberstes Ziel der SPD ist das Bürgerrecht auf einen sicheren und menschenwürdigen Arbeitsplatz. Für dieses Ziel ist die volle Parität in der Mitbestimmung und der direkte Einfluß der Arbeitnehmer auf Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsorganisation unerlässlich.

Schwerpunkt: gesellschaftliche Infrastruktur

Wesentliche Teile der öffentlichen Haushalte werden zum Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur verwendet. Der Einsatz dieser Mittel als direkte und indirekte Vorleistungen und Bedingung zur betrieblichen Produktion ist bisher weitgehend an den Bedürfnissen der Unternehmen orientiert, da diese z. B. für Neuansiedlungen bestimmte Forderungen an die Qualität des Standortes stellen.

Eine Koordinierung der aus betrieblicher Perspektive erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen mit

Interessen der Mehrheit wichtiger als die Macht der Wenigen

Volle Parität in der Mitbestimmung

Landesentwicklungsplan für das Saarland

den Bedürfnissen der Bevölkerung ist bis heute oft nicht möglich, da es zu Interessenwidersprüchen kommt (oft zu Lasten der Umwelt). Sozialdemokratische Infrastruktur gibt daher dem Anliegen der Bürger nach Verbesserung der Lebensqualität Vorrang und fördert bevorzugt solche Maßnahmen, die gleichzeitig günstige Voraussetzungen für die Menschen und für die Produktion bieten.

Die SDP-Saar wird den Schwerpunkt staatlicher Förderung von den direkten Unternehmenssubventionen stärker zugunsten des Ausbaus der Infrastruktur verlagern.

Unerläßliche Voraussetzung dazu sind raumordnerische und strukturpolitische Planungen im Rahmen einer integrierten Landes- und regionalen Entwicklungsplanung. Deren Vernachlässigung durch die Landesregierung hat zu schweren volkswirtschaftlichen Schäden zum Nachteil der Bürger unseres Landes geführt.

Die im Grundgesetz verankerte Zusicherung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse (Art. 72 GG) in allen Teilen des Bundesgebietes ist für die an der Saar arbeitenden und wohnenden Menschen bisher noch unerfüllt.

Ziel einer von der SPD getragenen Landesregierung wird es deshalb sein, den in den zurückliegenden Jahren aufgelaufenen wirtschaftlichen Nachholbedarf des Saarlandes schrittweise aufzuholen.

Mehr Wettbewerb durch Industrieansiedlung

1. Durch verstärkte Industrieansiedlungen müssen auf dem Arbeitsmarkt Wettbewerbsverhältnisse hergestellt werden, die auch im Saarland zur Steigerung der Effektivverdienste führen. Damit entfällt eines der wesentlichen Abwanderungsmotive. Die für einen zielstrebigem Aufbau notwendigen Fachkräfte bleiben dem Saarland erhalten.

2. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird sicherstellen, daß bei Ansiedlungsvorhaben Vorteile und Folgelasten für die Gesellschaft gegeneinander abgewogen werden. Die Krisenanfälligkeit und die Wachstumsschwäche der Saarindustrie müssen durch Konzentration auf neue zukunftsorientierte und wachstumsstarke Schwerpunkte abgebaut werden. Mit Vorrang werden

solche Betriebe gefördert, die ein überdurchschnittliches Lohnniveau garantieren und qualifizierten Arbeitnehmern gute Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten.

3. Die SPD geht davon aus, daß Vollbeschäftigung und hohes Einkommensniveau der Arbeitnehmer Voraussetzung für eine gesteigerte allgemeine Kaufkraft an der Saar sind; davon werden auch Groß- und Einzelhandel, Handwerk, Freie Berufe und andere Dienstleistungsberufe in unserem Land Nutzen ziehen können.

Sicherung der Energie

Energiekrise, Rohstoffverknappung und die veränderten Preisrelationen stellen auch das Saarland vor neue Aufgaben. Insbesondere der Steinkohlenbergbau erlangt eine neue Bedeutung auch für die großräumige Energieproduktion.

Das Schwergewicht der saarländischen Kohlepolitik wird für die Saar-SPD künftig auf drei Ebenen liegen:

1. Die Kohleverstromung wird nach Inbetriebnahme des 650-MW-Blocks in Weiher stärker als je zuvor zur Elektrizitätsversorgung Südwestdeutschlands beitragen. Die SPD wird sich für den Bau eines weiteren Kraftwerkblocks dieser Größenordnung einsetzen.

650-MW-Block in Weiher

2. Durch Entwicklung neuer Technologien, vor allem auf den Gebieten der Extraktion von Öl aus Kohle und der Kohlevergasung, wird ein Energieverbund mit der Saarlandraffinerie angestrebt. Dadurch wird eine größere Flexibilität bei Erdölmangel gewährleistet.

Öl und Gas aus Kohle

3. Wegen des hohen Edelflammkohlenanteils an den Kohlevorräten des Saarbergbaues empfehlen sich Versuche zur Formkoksherstellung aus Flammkohle. Damit könnte der wachsende Koksbedarf der Saarlütten gedeckt werden.

Formkoks für die Saarlütten

Im Hinblick auf diese Ziele hält die SPD kurzfristig eine Stabilisierung der Saarkohlenförderung bei 9 Mill. t und längerfristig eine Wiederanhebung auf 10 Mill. t für notwendig.

Das Saarland bleibt Hüttenstandort

Eine der Hauptstützen unserer Wirtschaft sind die saarländischen Hütten; deshalb muß alles zur

Modernisierung und Kooperation der Saarhütten

Wir brauchen günstigere Frachttarife der Bahn

Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Bereich getan werden. Modernisierungs- und Kooperationsbemühungen der Saarhütten sind daher im Rahmen eines langfristigen Strukturkonzepts für die eisenschaffende Industrie zu fördern.

Die Standortabsicherung der eisenschaffenden Industrie wird durch die beschlossene Kanalisierung der Saar erreicht. Für die Übergangszeit bis zur Fertigstellung des Kanals strebt die SPD die Bewilligung von Wettbewerbsstarifen der Bundesbahn an. Die gleichen Bemühungen wird die Saar-SPD auch weiterhin der Lösung einer befriedigenden Kokskohleversorgung der Hütten zuwenden.

Organisatorische Verbesserungen helfen Wirtschaftsprobleme lösen

- Die Chancen der Saarbergwerke AG als Motor innerhalb eines strukturpolitischen Industrialisierungskonzepts müssen verstärkt genutzt und vorwiegend auf Standorte im Saarland gelenkt werden. Bund und Land tragen dabei als Anteilseigner eine besondere Verantwortung.
- Die SPD-Saar wird auf die Gründung einer Landwirtschaftsförderungsgesellschaft unter Beteiligung und in enger Zusammenarbeit mit den Kreisen und Gemeinden hinwirken. Mit diesem Instrument soll die Industrieansiedlungspolitik aktiviert und gezielt fortgesetzt werden.
- Die SPD-Saar tritt für die Verbesserung der Regionalstatistik ein, um auch die Beschäftigungszahlen im nichtindustriellen Bereich zu erfassen.
- Die SPD-Saar wird dafür Sorge tragen, daß ein Schwerpunktprogramm zur Bereitstellung von Industriegelände die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Beschaffung und Erschließung von Industriegelände ausräumt.
- Grenzüberschreitende Abstimmungen mit Lothringen, Luxemburg, Trier und Westpfalz in den strukturpolitischen Zielen, Instrumenten und Finanzierungsmöglichkeiten sowie deren Integration in ein Programm für die gesamte europäische Grenzregion Saar-Lor-Lux wird die Möglichkeit der Region optimal entfalten.

Moderne Verkehrsstruktur ist lebenswichtig

Moderne Verkehrswege sind eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer leistungsfähigen Wirtschaft und die Mobilität der Bevölkerung. Für die Zukunft des Saarlandes im Zentrum des EG-Raumes sind moderne Verkehrsverbindungen nach Norden, Süden, Osten und Westen sowie eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur im Landesinnern lebenswichtig. Mit einem Prioritäten-, Zeit- und Finanzierungsrahmen wird eine ausgewogene Entwicklung des Verkehrs auf Schiene und Straße, auf dem Wasser und in der Luft gewährleistet:

- 1.** Der Bau von Autobahnen und Bundesfernstraßen wird weiter vorangetrieben.
- 2.** Größere Leistungen beim Ausbau unserer Gemeinde- und Landstraßen sind nach Auffassung der SPD-Saar erforderlich, insbesondere um die notwendigen Anbindungen an das Bundesautobahn- und Fernstraßennetz zu erreichen.
- 3.** Das Elektrifizierungs- und Ausbauprogramm für das Bundesbahnnetz an der Saar sowie die Schaffung eines Schnellbahnnetzes für den Nahverkehr werden in Zusammenarbeit mit der Bundesbahndirektion Saarbrücken und der Bundesregierung zügig vorangetrieben.
- 4.** Für den Flughafen Enenheim muß eine langfristige Flughafenkonzeption mit dem Ziel eines leistungsfähigen Kurz- und Mittelstreckenflughafens entwickelt werden. Der Bau eines gemeinsamen überregionalen Flughafens für das Saarland, Lothringen und Luxemburg wird geprüft.

Autobahnbau vorantreiben

Überregionaler Flughafen für SAAR-LOR-LUX?

Zum Nahverkehr

Von Jahr zu Jahr verschlechtert sich die Situation im Personennahverkehr des Saarlandes:

Ständig wachsende Defizite vermindern die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verkehrsträger (Defizit 1974 = ca. 20 Mill. DM);

Bedienungsverbote für entlang der Schiene liegende Wohngebiete, und Parallelverkehre behindern eine optimale Versorgung;

Mangelnde Fahrplanabstimmungen, fehlender Fahrscheinverbund mindern die Attraktivität;

Zu lange Anfahrtszeiten durch regelmäßige Verstopfungen der innerstädtischen Straßen behindern nicht nur den Pkw-, sondern auch den öffentlichen Personennahverkehr.

Verkehrspolitisches Konzept

Nur ein Gesamtkonzept, das jedem Verkehrsträger seine künftige Funktion zuweist, kann aus der Krise herausführen.

Nahschnellverkehr auf der Schiene

1. Durch den Aufbau eines Nahschnellverkehrsnetzes soll der Schiene der Vorrang vor den übrigen Verkehrsträgern eingeräumt werden.
2. Park-and-ride-Einrichtungen könnten sowohl beim Übergang vom Auto zur Schiene als auch vom Auto zum Bus den innerstädtischen Verkehr entlasten.
3. Dem Busverkehr fällt die Aufgabe der Flächenerschließung im dichter besiedelten Umkreis der größeren und mittleren Arbeits- und Dienstleistungszentren zu.
4. Im dünner besiedelten ländlichen Raum erfüllt der Pkw die eigentliche Erschließungsfunktion.
5. In den Stadtzentren müssen demgegenüber zusammenhängende Bereiche vollkommen autofrei und dem Fußgänger vorbehalten bleiben.
6. Ein wichtiges Bindeglied zwischen allen Versicherungsträgern und -arten stellen die Taxen dar.

Fußgängerzonen

Generell muß ein weiteres Vordringen des Pkw in die Innenstädte unterbunden und der Verkehrszuwachs den öffentlichen Verkehrsmitteln zugeordnet werden.

Organisatorisches Konzept

Verbund aller öffentlichen Nahverkehrsmittel

Um die verkehrspolitische Koordination zu gewährleisten und unbedingt erforderliche Rationalisierungen zu ermöglichen, muß ein Verbund aller kommunalen, staatlichen und privaten Verkehrsträger in einer einzigen Verkehrsverbundgesellschaft erreicht werden. Als erster Schritt empfiehlt sich dabei der Beitritt des Landes zu einem kommunalen Verkehrsverbund und im zweiten Schritt die Einbeziehung der Bahn-Post-Verkehrsgemeinschaft, des Schienennetzes der Bundesbahn und der privaten Verkehrsträger. In

diesen Verbund müssen auch die grenzüberschreitenden Linien nach Frankreich und Rheinland-Pfalz einbezogen werden.

Finanzielles Konzept

Das Verkehrskonzept und der Verbund können nur verwirklicht werden, wenn die Finanzierung institutionell geregelt und dynamisiert ist. Elemente eines solchen Finanzierungskonzeptes könnten sein:

1. Befreiung der Träger des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) von allen Steuern und Abgaben.
2. Abgeltung der von den Trägern des ÖPNV erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen (z. B. Schülerermäßigung durch Landes- und Bundesregierung).
3. Finanzierung des Nahschnellverkehrsnetzes aus dem bisher von der Saar noch nicht beanspruchten Fonds der für die schienengebundenen Verkehrsnetze bestimmten Teile des Mineralölsteueraufkommens.
4. Investitionszuschüsse aus dem 4,6-Mrd.-Fonds des Bundes für den ÖPNV (Fahrzeuge, Werkstätten, Betriebshöfe).
5. Verlustbeteiligung des Landes an der Verbundgesellschaft.

Wenn dem Bürger ein quantitativ und qualitativ erheblich verbessertes einheitliches Netz des Personennahverkehrs angeboten wird, ist er sicherlich bereit, mehr als bisher auf die Benutzung seines Autos in den Verkehrsspitzenzeiten zu verzichten. Dann wird auch das Saarland seinen Beitrag zu dem von der Bundesregierung für 1985 erklärten Ziel leisten, den Anteil von Bus und Bahn am Berufsverkehr von jetzt 33 v. H. auf 50 v. H. anzuheben.

Umsteigen von Auto auf Bahn und Bus erleichtern

Die Kanalisierung der Saar kommt

Sozialdemokraten in der Bundesregierung haben dem Saarland den seit vielen Jahren geforderten Anschluß des Saarlandes an das europäische Wasserstraßensystem ermöglicht. Die durch die Kanalisierung der Saar erreichbare Standortverbesserung wird die Arbeitsplätze in der Montanindu-

Standortverbesserung durch Saarkanal sichert Arbeitsplätze

Bauwirtschaft verdient am Rande

strie erhalten und damit auch diejenigen in der weiterverarbeitenden Industrie und im Handwerk.

Auch der saarländischen Bauwirtschaft hilft die Bundesregierung damit über eine schwierige Phase struktureller Anpassungsprozesse hinweg. Ein Investitionsvolumen von nahezu 1 Mrd. DM stellt einen wichtigen Beschäftigungseffekt dar und sichert Arbeitsplätze.

Wenn schon die Finanzierung im wesentlichen vom Bund getragen wird, so liegt die Verantwortung für die öffentlichen und privaten Hafenausbauten sowie die Verantwortung für die Gesamtplanung eindeutig beim Land.

Die Saar-SPD sieht in dem Kanalisierungsprojekt eine ideale Chance, die Gebiete entlang des Flußlaufes in einem Entwicklungsprogramm raumordnerisch und landschaftspflegerisch zu gestalten. Nicht nur Bemühungen zur Erhaltung, sondern auch zur Verbesserung des ökologischen Gleichgewichtes müssen gleichzeitig mit der Realisierung dieses Projektes einhergehen. Insbesondere die Versäumnisse der zurückliegenden Jahre bei der Gewässerreinigung müssen jetzt wieder aufgeholt werden, damit der Flußlauf neben den verkehrlichen Erfordernissen auch landschaftlich und für die Freizeitgestaltung optimal genutzt werden kann. Erfahrungen von anderen Wasserstraßen z. B. der Mosel müssen herangezogen werden.

Jährlich 10 Millionen Tonnen per Schiff

Die Erwartungen für das jährliche Verkehrsaufkommen belaufen sich nach neuesten realistischen Schätzungen auf ca. 10 Mill. t. Damit wird diese Wasserstraße voll ausgelastet. Das Beispiel der Moselstrecke zeigt, daß damit auch langfristig das Verkehrsaufkommen der Bundesbahn abgesichert ist.

Gruppenspezifische Schwerpunkte

Besondere Aufmerksamkeit bedarf die Förderung der **Frauenbeschäftigung**. Die Gesamterwerbsquote der Frauen an der Saar liegt um ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt und damit im Ländervergleich an letzter Stelle.

Mehr Arbeitsplätze für die Frauen

Die SPD-Saar wird sich für die Ausweitung des Angebots an Frauenarbeitsplätzen einsetzen. Einer solchen Entwicklung stehen aber besondere Schwierigkeiten entgegen. Für viele erwerbswil-

lige Frauen liegen Wohnung und mögliche Arbeitsstätte zu weit voneinander entfernt. Für berufstätige Mütter fehlen weiterhin die Versorgungsmöglichkeiten für Kinder bei ganztägiger Beschäftigung. Teilzeitbeschäftigungen werden nur in ungenügendem Umfang angeboten. Um diese Schwierigkeiten und Mängel auszuräumen, wird die SPD dafür eintreten, daß dichtere Verkehrsverbindungen zwischen Wohnort und Betrieb geschaffen werden. Die SPD wird außerdem dafür sorgen, daß die Teilzeitarbeit ausgedehnt und Kinderhorte, Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Service-Häuser zur besseren Bewältigung der sozialen Verpflichtungen der berufstätigen Frauen gebaut werden.

Neben der mit Priorität auf die Einkommensverbesserung der Arbeitnehmer gerichteten Industrieansiedlungs- und Wirtschaftspolitik gilt es, die Position des **Verbrauchers** im Marktgeschehen zu verbessern. Dabei geht es um mehr, als um die erforderliche Anpassung von Rechtsvorschriften an die sich rapide verändernden wirtschaftlichen, technischen und sozialen Verhältnisse. Werbung und Manipulation haben zu einer weitgehenden Abhängigkeit des Konsumenten von wirtschaftlich Mächtigen geführt. Zwischen Erzeuger und Endverbraucher haben große Unternehmenszusammenschlüsse weitgehend die Verteilung der Güter übernommen und bestimmen damit wesentlich die Preisgestaltung. Die SPD-Saar wird deshalb ein Verbraucherschutzprogramm für das Saarland erstellen. Sie wird sich durch verstärkte Kontrolle um die Einhaltung der Verbraucherschutzgesetze bemühen und so die Stellung des Verbrauchers in der Wirtschaft stärken.

Stellung des Verbrauchers verbessern

Mittelständische Wirtschaft und Selbständige

Die zunehmende Marktvermachtung führt laufend zur Vernichtung kleiner und mittlerer Betriebe. Die volkswirtschaftlichen Schäden, die dabei entstehen, sind erheblich: Verlust von Arbeitsplätzen, Entwertung von Anlagen, Versorgungsstörungen im Investitions- und Konsumgüterbereich.

Die SPD-Saar hat in ihrem „Gewerbeförderprogramm“ folgende Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen aufgestellt:

Rückgang der kleinen und mittleren Betriebe schadet der Volkswirtschaft

Wettbewerbsdiskriminierung abbauen

- Verbesserung der Kapitalausstattung zu tragbaren Bedingungen
- Gewährung von Strukturanpassungshilfen für Selbständige
- Einbeziehung und Zugang zu allen Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes
- Bessere Betriebsberatung und Information über wichtige volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Daten, u. a. über die Entwicklung der Marktchancen
- Beseitigung bestehender Wettbewerbsdiskriminierungen für kleinere Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Anträge durch Änderung der Vergabep Praxis
- Stärkere Förderung des gewerblichen Ausbildungswesens, insbesondere der überbetrieblichen Lehrwerkstätten, der Ausbildung der Ausbilder.

Eine lebensfähige, gesunde und flexible mittelständische Wirtschaft liegt im besonderen Interesse einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Deshalb wird die SPD-Saar einen Beirat beim Wirtschaftsministerium für Fragen der mittelständischen Wirtschaft und der Selbständigen mit Repräsentanten aus diesem Bereich bilden.

Landwirtschaft

Landwirtschaft hat auch im Saarland Zukunft, wenn Einkommen, soziale Sicherheit und Freizeit der Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft folgen können.

Obwohl die großen Entscheidungen in der Agrarpolitik heute bei der Europäischen Gemeinschaft und auf Bundesebene fallen, wird die SPD auch auf Landesebene eine aktive Landwirtschaftspolitik betreiben, um folgende Ziele zu verwirklichen:

Einzelbetriebliche Förderung

- Unterstützung vorhandener entwicklungsfähiger Betriebe bis zur Erreichung leistungsfähiger Wirtschaftseinheiten durch einzelbetriebliche Förderung
- Sinnvolle Fortführung der Flurbereinigung
- Förderung der Anpassungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe an die Erfordernisse

- der jeweiligen Marktsituation durch Verbesserung der Vermarktungsstruktur, Vermarktungszusammenschlüsse von Erzeugern, Qualitätskontrolle und -förderung sowie modernes Marketing
- Förderung von Neben- und Zuerwerbsbetrieben durch Verbesserung der Marktstruktur und des gemeinsamen Maschineneinsatzes
 - Anpassung des landwirtschaftlichen Schul-, Bildungs- und Beratungswesens an die moderne Entwicklung und Förderung von Spezialberatungen und Buchführung
 - Weiterer Ausbau sozialer Sicherheit durch Verbesserung der Altersklasse bis zur vollen Alterssicherung im Sinne der Rentenversicherung
 - Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Betriebs Helfern und -helferinnen bei Krankheit und Urlaub
 - Errichtung eines Bodenfonds zur Unterstützung des Strukturwandels und Verwertung von Brachflächen
 - Besondere Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit und der Bildung von Erzeugergemeinschaften sowie Ausbau der landwirtschaftlichen Maschinenringe
 - Flächen von Sozialbrache sind einer biologisch sinnvollen Nutzung zuzuführen
 - Für größere landwirtschaftliche Flächen, die nicht mehr wettbewerbsfähig genutzt werden, können zur Vermeidung von Sozialbrache direkte Einkommenszuschläge für die weitere Bewirtschaftung des Bodens aus Landesmitteln gezahlt werden. Diese Maßnahme ist unter besonderer Berücksichtigung und in Verbindung mit dem Ausbau von Erholungsräumen und Naherholungsgebieten zu sehen.

**Für überbetriebliche
Zusammenarbeit**

**Neue Aufgaben für
die Landwirte**

Kampf der Wirtschaftskriminalität

Von zunehmender Bedeutung ist die Wirtschaftskriminalität auch im Saarland. Zu geringe Ermittlungsbemühungen durch einen dem fachlichen Können der Wirtschaftsstraftäter unterlegenen Justizapparat begünstigen die schnelle Ausbreitung.

Den Weißen-Kragen-Tätern geht es an den Kragen

Im Saarland sind deshalb folgende Maßnahmen erforderlich:

- Personelle Ausweitung des Prüfdienstes der Finanzämter
- Einstellung von kaufmännisch ausgebildeten Richtern und Staatsanwälten
- Mitarbeit an Maßnahmen auf Bundesebene
- Ausdehnung des § 318 StGB (Strafbarkeit der Nichtanzeige schwerer Verbrechen) auf die Wirtschaftskriminalität
- Abschaffung der Absetzbarkeit von Bestechungs- und Schmiergeldern als Betriebsausgaben in der Steuererklärung
- Zusammenfassung der wirtschaftskriminellen Tatbestände in einem Wirtschaftsstrafrecht
- Zentrale Kontennachweise des deutschen Bankensystems
- internationale Zusammenarbeit

2. Sozialpolitik

Sozialdemokratische Sozialpolitik dient nicht allein der Hilfe für einzelne und Gruppen, die von der Gesellschaft an den Rand gedrängt werden; sie versucht vor allem mit Hilfe von Eingriffen in die gesellschaftlichen Strukturen und durch vorbeugende Maßnahmen ein Höchstmaß an sozialer Sicherung und Selbstbestimmung zu garantieren.

Dieses Ziel setzt nicht nur eine Abstimmung der sozialpolitischen Zielsetzungen mit der politischen Gesamtplanung, sondern auch eine systematische Verknüpfung der betrieblichen, kommunalen und regionalen Sozialpolitik in einem Landessozialplan voraus.

Betriebliche Sozialpolitik

Im Gegensatz zu der bisher geübten Praxis wird auf die betriebliche Sozialpolitik Einfluß genommen werden. Ihre Abstimmung mit den allgemeinen sozialpolitischen Zielen ist unerläßlich. Die tariflichen Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften bleiben unberührt. Konkrete Maßnahmen werden mit den Gewerkschaften abgestimmt. Vordringlich gilt es:

1. Die menschengerechte Gestaltung der Arbeit zu verbessern. Die saarländischen Betriebe sind ungenügend mit Sicherheitsfachleuten und vor allem mit ausgebildeten Arbeitsmedizinern und Arbeitswissenschaftlern versorgt und daher nicht in der Lage, den neuen gesetzlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Der Informationsstand über die Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse ist nicht ausreichend. Dies trifft insbesondere auf die kleinen, mittlern und Großbetriebe außerhalb der Montanindustrie zu.

Die SPD wird daher

■ die Schulungsmöglichkeiten des betrieblichen Fachpersonals und der Mitbestimmungsträger,

**Sicherheit
und Menschlichkeit
am Arbeitsplatz**

Freiwillige betriebliche Leistungen absichern

insbesondere Betriebsräte, auf dem Gebiet der menschengerechten Arbeitsgestaltung fördern;

- die angewandte Arbeitswissenschaft (Ergonomie) an der Hochschule und Fachhochschule ausbauen;
- betriebspraktische Versuche unterstützen, die die moderne Technologie mit selbständiger und entscheidungsbeteiligter Arbeit verbinden.

2. die Mittel und Instrumente der betrieblichen Sozialplanung zu fördern.

Die SPD wird alle Anstrengungen der Gewerkschaften unterstützen, die traditionellen freiwilligen sozialen Leistungen rechtlich abzusichern und in die betriebliche Mitbestimmung einzubeziehen.

3. Konkretes Nahziel einer SPD-geführten Landesregierung ist es schließlich, die Lage besonders gefährdeter und schutzbedürftiger Gruppen in den Betrieben und Unternehmen zu verbessern.

Die SPD wird

- dafür sorgen, daß die zahlreichen Verstöße gegen die Arbeitsschutzbestimmungen, die betrieblichen Ausbildungsplätze und die gesetzlich vorgeschriebene Information der Auszubildenden gemindert werden;
- Initiativen fördern, die der Erhaltung der Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Mobilität der älteren Arbeitnehmer und der Behinderten dienen. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen der beruflichen Anpassung, Fortbildung, Umschulung sowie der Stärkung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge und die Anpassung der Arbeitsplätze an die Menschen.

Altenhilfe

In der Altenhilfe ist die Prophylaxe vorrangig.

Das erfordert Aufklärung über den Alternsprozeß und seine gesundheitlichen Folgen, verbunden mit Vorbeugungsmaßnahmen.

- Vorbereitung auf neue, dem Alter angepaßte soziale Rollen, die die Bereitschaft zur aktiven Lebensgestaltung erhalten.
- Ausbau, um eine wirtschaftlich unabhängige Lebensführung zu garantieren.

■ **Vorsorge für eine altersgerechte Wohnung.**

Wo Hilfe erforderlich ist, steht die Erhaltung der selbständigen Lebensführung im Mittelpunkt.

Das verlangt konkret:

■ Förderung von Wohnungen, die das Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen.

■ Förderung altersgerechter Wohnungen.

■ Schaffung von Altenbegegnungs- und Werkstätten.

■ Erweiterung der persönlichen Dienste wie Mahlzeitendienste, Besorgungsdienste, Besuchsdienste, Beratung usw.

Das Verbleiben in der Familie wird durch Sozialzentren gefördert werden, die die persönlichen Dienste (Gesundheitsbetreuung, Mahlzeitendienste, Besorgungsdienste, Besuchsdienste, Beratung usw.) erweitern. Dies ist zugleich ein Beitrag zur Entlastung der Familien.

Wo Betreuung und Pflege unerlässlich sind, gelten drei Prinzipien:

■ die eigenständige Lebensführung soweit wie möglich zu erhalten bzw. wiederherzustellen;

■ im Pflegefall nach den Grundsätzen einer das Selbstwertgefühl stützenden Pflege zu handeln;

■ die finanzielle Lage darf für die Qualität der Pflege keine Rolle spielen.

Altenwohnheime und Altenpflegeheime werden nach folgenden Grundsätzen geführt werden:

■ die Ausgestaltung muß die Individualität erhalten helfen und die Intimität schützen;

■ ihre räumliche Lage darf nicht zur Isolierung führen, sondern muß vielmehr die Nähe zu wichtigen öffentlichen Einrichtungen gewährleisten und die Teilnahme am kommunalen Leben ermöglichen;

■ soziale Kontakte zu anderen Altersstufen und Gruppen müssen gewährleistet sein;

■ eine angemessene Mitwirkung und Mitbestimmung der Heimbewohner — einschließlich Sitz und Stimme in den entsprechenden Ausschüssen oder Beiräten — ist durch die Träger sicherzustellen.

Der Bedarf an Altenpflegeheimen wird gedeckt.

Diese Ziele werden wir mit Hilfe eines **Altenplanes** verwirklichen.

Verbleiben in der Familie fördern

Das Selbstwertgefühl der alten Menschen stärken

Recht auf Beruf auch für die Frau

Die berufstätige Frau

Die SPD bejaht den Wunsch der Frauen nach Berufstätigkeit. Das Recht auf Beruf schließt außer der dazu notwendigen Ausbildung auch die von vielen saarländischen Frauen erwünschten Hilfen zur Verbesserung der Arbeitssituation ein.

- die SPD wird Kindertagesstätten mit geschulten Fachkräften und kleinen Gruppen in erhöhtem Umfang errichten. Ihre Öffnungs- und Schließungszeiten werden die Belange der berufstätigen Mütter berücksichtigen.
- die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit wird gewährleistet sein.

Zur Rückkehr in das Berufsleben bedarf es Starthilfen sowie der Einrichtung von Spezialkursen zur Erhaltung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse und Fähigkeiten.

- Das Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen wird gezielt gefördert werden. Es muß gewährleistet sein, daß während der ersten Erziehungsphase der Kinder ein Ehepartner ohne Nachteile für seinen beruflichen Werdegang aus seinem Arbeitsverhältnis beurlaubt werden kann.
- ledige Mütter werden durch gezielte Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit in die Lage versetzt werden, ihren Kindern die nötige Erziehung zu geben.

Jugend

Für Kinder und junge Menschen gilt es, Entwicklungsbedingungen zu schaffen, die sie befähigen, ihre persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen selbst zu erkennen und an deren Gestaltung teilzunehmen.

Vordringlich sind folgende Maßnahmen:

- Beteiligung der Jugend und ihrer Organisationen an den sie betreffenden politischen Entscheidungen;
- Förderung von selbstverwalteten Jugendzentren;
- Berücksichtigung der Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit bei Planung und Bau neuer Schulen;
- verstärkte finanzielle Förderung der politischen Bildungsarbeit in den Jugendorganisationen;

Jugendzentren mit Selbstverwaltung

- Errichtung einer öffentlichen Jugendbildungsstätte. Diese erarbeitet und praktiziert Modelle für zukunftsweisende Jugendbildungsarbeit;
- Förderung der Stadtranderholung von Kindern und Jugendlichen;
- Ausbau der Erziehungsberatungsstellen, des schulpsychologischen Dienstes sowie diagnostischer und therapeutischer Einrichtungen der offenen Hilfe;
- Unterstützung von privaten Initiativen beim Aufbau kleiner therapeutischer Wohngemeinschaften;
- Heimerziehung, wenn sie unvermeidlich ist, ist so kurz wie möglich zu bemessen. Die Außenkontakte müssen erhalten bleiben. Die Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln und sozialem Kontakt muß durch verantwortliche Mitbestimmung bei der Gestaltung des Heimaufenthaltes gefördert werden. Die Heime müssen sich als „sozialtherapeutische Klinik“ verstehen und entsprechend ausgestattet werden;
- Ergänzende Wohnmöglichkeiten in Jugendpensionen und Wohngemeinschaften sind einzurichten;
- von großer Bedeutung ist die qualifizierte Ausbildung von Erziehern, Sozialarbeitern und Sozialpädagogen. Die vorhandene Ausbildungsstätte im Saarland muß erhalten bleiben. Die Ausbildungsmöglichkeiten werden entsprechend dem Bedarf erweitert werden. Diese Vorhaben werden im Rahmen eines **Landesjugendplanes** koordiniert und durchgesetzt.

Randgruppen

Durch ihren Mangel an gesellschaftlicher Solidarität und sozialen Infrastrukturmaßnahmen drängt die Gesellschaft alle unproduktiven Kräfte, ob es sich nun um Obdachlose, Straffällige, Suchtgefährdete oder Verwahrloste handelt, an den Rand der Gesellschaft. Der Teufelskreis von gesellschaftlicher Ächtung und weiterer Verstrickung vergrößert ständig die Probleme.

Wirksame Maßnahmen müssen an den Ursachen der Mißstände ansetzen, die Kriminalität, Isolation und antisoziales Verhalten hervorrufen. Das kann nur durch die Verwirklichung der Chancengleichheit im schulischen, beruflichen und sozialen Bereich geschehen.

Heimerziehung darf nicht Bestrafung sein

Teufelskreis der gesellschaftlichen Ächtung

Berufs- und Weiterbildung auch im Knast

Hier die vordringlichen Maßnahmen auf Landesebene im Bereich des Strafvollzugs und der Bewährungshilfe:

- Arbeitsleistungen und Arbeitssituation werden den Bedingungen der Außenwelt angepaßt;
- die personelle Situation wird durch die Einstellung von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen, Psychologen und beruflich qualifizierten Strafvollzugsbediensteten verbessert;
- Berufsausbildung und Weiterbildung wird ermöglicht und gefördert, um die Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln und sozialem Verhalten auch durch Mitwirkung im Vollzug aufzubauen;
- Entlohnung für geleistete Gefangenearbeit und Hereinnahme des Gefangenen und seiner Familie in die Sozialversicherung wird gewährleistet werden;
- Erhöhung der Zahl der Bewährungshelfer und Förderung ehrenamtlicher Bewährungshilfe, insbesondere durch Gruppenarbeit;
- Errichtung von gemischten Wohn- und therapeutischen Heimen in offenem sozialen Kontakt zu anderen Jugend- und Freizeiteinrichtungen.

Im Bereich der Gemeinwesenarbeit

Benachteiligte Kinder brauchen mehr Hilfe

- Beseitigung der Ghettobildung durch Umsiedlung in geeigneten sozialen Wohnraum, Erstellung von Entschuldungsprogrammen sowie Durchführung von medizinischen und psychotherapeutischen Maßnahmen;
- Förderung sozial besonders benachteiligter Kinder und Jugendlicher durch vorschulische Programme, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote;
- Mitwirkung der Bewohner bei Sanierungsmaßnahmen;
- Fortbildungsmaßnahmen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter in der Obdachlosenarbeit und Nichtseßhaftenhilfe;
- finanzielle Unterstützung von Modellmaßnahmen in der Drogen- und Suchtberatung;
- Ausbau der Beratungs- und Betreuungszentren, medizinische und soziale Rehabilitation in unbürokratischer Weise (Releasezentren);
- Erstellung von Alternativen zu der konsumorientierten Freizeitgestaltung;

- allmähliche Wiedereingliederung in das Sozial- und Berufsleben durch die Förderungen von eigenverantwortlichen Aktivitäten;
- Koordination von Maßnahmen der privaten Träger.

Ausländische Arbeitnehmer

Oberstes Ziel ist die soziale und rechtliche Gleichstellung aller Arbeitnehmer und die Verbesserung der gemeinsamen Lebensverhältnisse.

Die Entscheidungsfreiheit der ausländischen Arbeitnehmer, sich im Gastland zu integrieren, muß gewährleistet sein.

Neben den Regelungen auf Bundesebene gilt es, in der Landespolitik folgende Ziele anzustreben:

1. Beratung und Betreuung werden ausgebaut. — Sprachunterricht bei vollem Lohnausgleich. — Koordinierung der bestehenden Beratungsstellen. — Einrichtung selbstverwalteter Zentren.
2. Im Wohnbereich werden Mittel innerhalb des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt. Die Kontrolle über die Einhaltung der Richtlinien für Firmenunterkünfte wird verschärft.
3. Die Erweiterung der Kindergarten- und Kindertagesstättenplätze schließt Plätze für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer mit ein.
4. In den Vorklassen werden die Ausländerkinder voll erfaßt und durch parallele Förderkurse mit der deutschen Sprache vertraut gemacht.
5. Zur Erlangung der Berufsschulreife wird ein Förderjahr eingerichtet.
6. Zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung sind neben den Zentren integrationsfördernde Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden zu treffen.
7. Die illegale Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern wird schärfstens bekämpft. Die Kontrollen gegenüber der gesetzwidrigen Beschäftigung ausländischer Kinder werden verschärft.
8. In den Betrieben werden Fürsorge- und Beratungseinrichtungen — wobei besonders auf den Unfallschutz zu achten ist — verstärkt.

„Gastarbeiter“ gehören auch zu uns

*Model: how much...
... 27 21*

Gegen illegale Beschäftigung

Behinderte

Neben der ärztlichen Versorgung der Behinderten muß eine gleichberechtigte Stellung in Gesellschaft und Beruf weitestgehend sichergestellt werden. Dreiviertel aller Behinderten können durch entsprechende Förderung in die Lage versetzt werden, einen Beruf auszuüben. Von der Bedeutung für den Betroffenen ganz abgesehen, verursacht die Eingliederung nur einen geringen Teil derjenigen Kosten, die sonst für Renten und ähnliche Folgeleistungen der Behinderten aufzubringen sind.

Wir werden die Zahl der Heimplätze für behinderte Kinder erhöhen.

Zugleich werden wir dafür sorgen, daß im Kindergarten- und Schulbereich diejenigen Formen der Betreuung von Behinderten ausgebaut werden, durch die eine soziale Isolation verhindert werden kann.

Wir werden ein Modellzentrum für behinderte Kinder errichten, das umfassende Diagnose und Behandlung ohne stationäre Unterbringung ermöglicht.

Die Rehabilitationseinrichtungen einschließlich der Werkstätten für Behinderte werden weiter ausgebaut.

Um den Behinderten im Beruf Chancengleichheit zu verschaffen, wird eine Ausbildungsstätte für jugendliche Behinderte errichtet.

Wer werden darauf dringen, daß die privaten Arbeitgeber und die öffentliche Hand ihre Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehinderten-Gesetz erfüllen, damit eine möglichst große Zahl von Behinderten Arbeitsplätze erhalten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeitsplätze so zu gestalten, daß dieses Ziel erreicht werden kann.

Auskunfts- und Beratungsstellen für Rehabilitation werden jedem Behinderten Aufklärung und Beratung über die verschiedenen Rehabilitationsmöglichkeiten geben.

Bei öffentlichen Anlagen und Bauten wird auf die Bedürfnisse der Behinderten Rücksicht genommen.

Kriegsopfer

Neben der Rentenversorgung haben die Kriegsopfer und die Beschädigten der Bundeswehr einen

Ausbildung und Arbeit für die Behinderten

Rechtsanspruch auf individuelle Fürsorge, die das Ziel hat, die Folgen der Schädigung zu überwinden und zu mildern.

Wir werden den Kriegsoptionen und den Beschädigten der Bundeswehr:

- die Teilnahme am kulturellen Geschehen u. a. durch Hilfen zur Motorisierung ermöglichen;
- durch Erholungsmaßnahmen zur Erhaltung ihrer Gesundheit und der verbliebenen Arbeitskraft beitragen;
- durch Beihilfe und günstige Darlehen die Wohnungsbeschaffung erleichtern;
- durch Erziehungsbeihilfen dafür sorgen, daß die Nachteile der Schädigung keinen Einfluß auf die Ausbildung der Kinder haben;
- durch Beratung und Fürsorge darauf hinwirken, daß Notstände nicht auftreten oder beseitigt werden.

3. Gesundheitspolitik

Ärztliche Betreuung darf sich nicht an dem Geldbeutel des Patienten, sondern nur an der Schwere seiner Erkrankung orientieren

Nach wie vor besteht in der ambulanten Behandlung als auch bei der Krankenunterbringung für Sozialversicherte und Privatpatienten eine Zweiklassen-Medizin.

Das bedeutet konkret: längere Wartezeiten, eine geringerwertige Diagnostik und Therapie in der Ambulanz und zudem noch eine schlechtere Versorgung und Betreuung im Krankenhaus, die sich mehr nach dem Geldbeutel der Patienten, als nach Art und Schwere der Erkrankung richten.

Diese gesellschaftspolitisch diskriminierende Ungleichbehandlung kommt einer Ausbeutung des großen Kreises der Sozialversicherten gleich, denen für ihre Krankenkassenbeiträge eine optimale Gesundheitssicherung zusteht.

Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik an der Saar ist es daher, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Bürger — ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage — die gleichen Chancen besitzen, ihre Gesundheit zu erhalten oder wieder zu erlangen.

Darum werden wir langfristig folgende Veränderungen durchsetzen:

- Das Krankenhauswesen des Saarlandes wird dem jeweils neuesten Erkenntnisstand der medizinischen Wissenschaften angepaßt werden, um den Ansprüchen an eine moderne Versorgung Rechnung tragen zu können;
- die Koordination zwischen Krankenhaus und freier Praxis wird verbessert werden;
- den Krankenhäusern wird die ambulante Vor- und Nachbehandlung ermöglicht werden;
- Medizinisch-technische Einrichtungen werden dem Krankenhaus und der freien Praxis gleichermaßen zur Verfügung stehen;
- die Krankenhausplanung wird in qualitativer und funktionaler Hinsicht verbessert und den sich wandelnden Bedürfnissen angepaßt werden;

- eine Krankenhausleitstelle mit zentralem Bettennachweis wird für den Kranken eine schnellstmögliche und fachgerechte Bereitstellung eines Behandlungsplatzes ermöglichen;
- alle Patienten müssen im Krankenhaus gleichbehandelt werden. Von daher wird die Abtrennung der Privatstationen von der allgemeinen Pflegekasse überall beseitigt werden;
- die Privatliquidation der Chefärzte wird abgeschafft. Solange die Unterteilung in Privat- und Sozialversicherte besteht, erfolgt die Privatliquidation ausschließlich durch den Krankenhausträger;
- die übergroßen Einkommensunterschiede zwischen Chefärzten und nachgeordneten Ärzten werden beseitigt;
- die hierarchischen Strukturen im Krankenhaus werden durch ein Mitbestimmungsmodell abgelöst;
- in jeder Kinderkrankenstation wird mindestens ein Zimmer eingerichtet, damit für die Mutter eines erkrankten Kindes die Möglichkeit besteht, bei ihrem Kind zu bleiben.

Zur Verbesserung der Krankenpflegeausbildung werden folgende Maßnahmen verwirklicht werden:

Neben den bestehenden Krankenpflegesschulen wird eine zentrale Krankenpflegeschule mit hauptamtlichem Lehrpersonal, einheitlichen Bewertungskriterien der Ausbildung und Prüfungen, Weiterqualifizierung nach abgeschlossener Ausbildung, Fortbildung mit Übergangsmöglichkeit bis in den Hochschulbereich geschaffen werden.

Eine bessere Bezahlung des Krankenpflegepersonals ist überfällig. Bei den Krankenhäusern werden Kindertagesstätten eingerichtet werden, damit auch Müttern die Ausübung des Krankenpflegeberufes ermöglicht wird.

Krebs und Herz-Kreislaufkrankungen sind die häufigsten Todesursachen. Ihnen wird durch den Ausbau von Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen begegnet werden. Die SPD wird Früherkennungsuntersuchungen auf weitere Krankheitsbereiche ausdehnen. Diagnosezentren für Sozialversicherte werden die Möglichkeit bieten, durch Früherkennung lebensgefährliche Erkrankungen einzudämmen.

Zentraler Bettennachweis

Keine Privatrechnung vom Chefarzt

Bessere Bezahlung für Pflegepersonal

Abbau der ärztlichen Unterversorgung

Durch die Niederlassungsfreiheit der Ärzte ist die ärztliche Versorgung insbesondere in Stadtrandgebieten und im ländlichen Bereich im Laufe der letzten Jahre immer schlechter geworden. Aber auch in Ballungsgebieten kennzeichnen lange Wartezeiten und überfüllte Wartezimmer eine unzulängliche ärztliche Versorgung. Umsatzgarantien und zinsgünstige Darlehen haben es bislang nicht vermocht, im ländlichen Bereich diesen Mißstand zu beheben.

Ärztliche Versorgung

Folgende Maßnahmen zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung werden wir in Angriff nehmen:

- 1.** Zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung wird erforderlichenfalls das Gesamtpotential der Ärzte soweit wie möglich herangezogen.
- 2.** Bei geeigneten Krankenhäusern werden Ambulanzen zur ärztlichen Versorgung eingerichtet; dazu ist eine Änderung des Kassenarztrechts erforderlich. Eine ausreichende Personalausstattung der Krankenhäuser wird durch Einrichtung zusätzlicher Planstellen gewährleistet werden.
- 3.** Neue Organisationsformen wie Gruppenpraxen, insbesondere fachübergreifende Gemeinschaftspraxen werden gefördert.
- 4.** Der vor- und nachärztliche Raum wird ausgebaut.
- 5.** Wir werden Sozialzentren mit pflegerischen, psychologischen sowie medizinisch-psychiatrischen Diensten einrichten.
- 6.** Eine Niederlassungssperre für überversorgte Gebiete wird den unterversorgten Gebieten (ländlicher Bereich) zugute kommen.
- 7.** Aufstellung eines Bedarfsplanes für die Niederlassung von Ärzten, den die Krankenkassen, die Kassenärztliche Vereinigung und die Gemeinden einvernehmlich erstellen sollen.
- 8.** Niederlassung wird nur im Rahmen des Bedarfsplanes möglich sein.
- 9.** In unterversorgten Gebieten werden kasseneigene Ambulatorien eingerichtet, falls dies erforderlich ist.

10. Für Studenten, die sich fest verpflichten, als Arzt im Öffentlichen Gesundheitsdienst tätig zu sein, werden wir uns um eine besondere Zulassungsquote an der Medizinischen Fakultät der Universität des Saarlandes bemühen.

11. Wir werden Möglichkeiten schaffen und unterstützen, für kleinere Betriebe überbetriebliche Werksarztzentren einzurichten.

Überbetriebliche Werksarztzentren

Eine Verbesserung der zahnärztlichen Versorgung im Saarland ist unser vorrangiges Ziel. Sie wird auch die Schulzahnpflege umfassen. Die Behandlung der dabei festgestellten Schäden wird durch Kontrollen sichergestellt werden. Nur die Frühbehandlung der Kinder kann der Flut von Zahnschäden in Zukunft einigermaßen Herr werden. Die ungünstige Altersstruktur der saarländischen Zahnärzte erfordert eine sofortige wesentliche Erweiterung der Ausbildungskapazität der Universität des Saarlandes. Die Zahl der Neuaufnahmen pro Studienjahr reicht bei weitem nicht aus, den Fehlbedarf der nächsten Jahre zu decken und altersbedingte Abgänge auszugleichen.

Mehr Studienplätze für Zahnmedizin

Zur Verbesserung der Betreuung von Schwangeren und Kleinstkindern wird ein Lehrstuhl für Humangenetik bei der Universität des Saarlandes eingerichtet werden. Dort wird neben Forschung und Lehre eine publikumsbezogene Beratung im Hinblick auf vererbare Krankheiten erfolgen. Die Schwangerenbetreuung wird insbesondere in Risikofällen unter Einbeziehung der klinischen Entbindungseinrichtungen erweitert werden. Die Kindervorsorgeuntersuchungen, die sich bewährt haben, auf weitere Krankheiten ausgedehnt und über das 4. Lebensjahr hinaus stattfinden. Die Ernährungsberatung für Säuglinge und Kleinkinder wird ausgedehnt werden. Dem Haltungsverfall von Schulkindern wird durch Verbesserung des Schulmobiliars, Kontrolluntersuchungen, Ausweitung des Sportunterrichts und Sonderturnveranstaltungen begegnet werden.

Vorsorgeuntersuchung für Kinder erweitern

Zur Zeit sind insbesondere psychisch Kranke qualitativ und quantitativ unterversorgt.

Erforderlich ist eine Regionalisierung der Krankenversorgung; d. h. längerfristig gesehen müssen die psychiatrischen Großkrankenhäuser abgebaut werden; an den Schwerpunktkrankenhäusern müssen kleine Abteilungen mit ambulanten Dien-

sten aufgebaut werden. Für Nachsorge und Weiterbildung müssen teilstationäre Einrichtungen und Übergangseinrichtungen zur Verfügung stehen.

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes wachsen im Zeitalter einer schnellen Technisierung. Umwelthygiene, Umwelt- und Verbraucherschutz, Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten, Bekämpfung von Volks- und Suchtkrankheiten, aber auch Gesundheitserziehung und Gesundheitsberatung erfordern einen verbesserten und besser ausgestatteten öffentlichen Gesundheitsdienst. Zu diesem Zweck werden regionale Großgesundheitsämter mit Neben- und Außenstellen geschaffen werden. Diese werden so ausgestattet sein, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden und für Ärzte und sonstiges Fachpersonal attraktiv sind.

Über zehntausend Unfallopfer pro Jahr im Saarland erfordern eine rechtzeitige und ausreichende Betreuung. Die freien Träger sind trotz anerkannter erheblicher Bemühungen zur Zeit nicht in der Lage, das Recht der Bürger auf schnellst- und bestmögliche Versorgung bei Unglücks- und Notfällen zu garantieren. Deshalb ist ein wirksames Unfallmeldesystem und eine zentrale Rettungsstelle für den schnellen Einsatz der Unfallhilfe mit Zentralisierung aller Notrufe unserer vorsorgliches Anliegen. Die Leitstelle muß ständig besetzt sein. Die Bereitstellung von Notarztwagen, die die Anwesenheit eines Arztes an der Unfallstelle gewährleisten, damit die ärztliche Betreuung bereits am Unfallort einsetzen kann, ist dringend erforderlich. Dazu werden Planstellen für Notärzte und Rettungssanitäter, die am Krankenhaus tätig und bei Notfällen einsatzfähig sind, geschaffen werden. Zivildienstleistende werden in den Rettungsdienst mit einbezogen werden. Rettungsfahrzeuge werden grundsätzlich mit Fahrer und Rettungssanitäter besetzt werden.

Das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit strebt eine angemessene arbeitsmedizinische Betreuung aller Arbeitnehmer an. Es herrscht zur Zeit ein erheblicher Mangel an ausgebildeten und

Wirksames Unfallmelde- und Rettungssystem

Arbeitsmedizin muß verbessert werden

qualifizierten Arbeitsmedizinern. Wir fordern daher, daß das Universitäts-Institut für Arbeitsmedizin räumlich, personell und sachlich so ausgestattet wird, daß dort auch Arbeitsmediziner ausgebildet werden können. Beim Staatlichen Gewerbearzt des Saarlandes werden wir ebenfalls Ausbildungsmöglichkeiten schaffen.

Kurzfristig werden wir Wochenendkurse einrichten, damit zukünftigen Betriebsärzten die erforderliche Fachkunde vermittelt werden kann. Darüber hinaus werden wir bei der Fachhochschule des Saarlandes einen Studiengang mit dem Ausbildungsziel „Sicherheitsingenieur“ einrichten.

Um zu vermeiden, daß unterschiedliche Gutachten verschiedener Sozialversicherungsträger zu unterschiedlichen Ergebnissen führen und dadurch Versicherte von Sozialleistungen ausgeschlossen werden, werden wir einen einheitlichen sozialärztlichen Dienst einrichten.

4. Raumordnung Städtebau und Wohnungswesen

Raumordnerische Entscheidungen sind wichtige Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Lebensqualität. Sie haben sich nach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen zu richten.

Dazu werden wir ein Landesentwicklungsprogramm erstellen.

- Durch Schaffung von Siedlungsschwerpunkten an Entwicklungsachsen und Durchmischung dieser Schwerpunkte mit den Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Bilden, Erholen, Versorgung und Verkehr wird der Wohnwert des Saarlandes gesteigert.
- Menschengerechte Wohnungen, sozial gefördert, in Verdichtungsräumen und im ländlichen Bereich für alle Gesellschaftsgruppen waren in sinnvoller Zuordnung zu den übrigen Grundfunktionen erstellt. Wohnungsvermittlung erfolgt kostenlos durch die Kommunen.
- Das Eigentum des Saarlandes an Grund und Boden wird nur zur Nutzung überlassen.
- Die bauliche Umwelt, die Luft, die Gewässer und der Wald werden stärker geschützt.
- Der öffentliche Personennahverkehr im Saarland wird vorrangig gefördert.

Wohnungsvermittlung durch die Kommunen

Raumordnung

1. Zwischen Raumordnung und Gesellschaftspolitik besteht eine enge Wechselbeziehung: Die Verwirklichung gesellschaftspolitischer Ziele

wird durch raumordnerische Entscheidungen gesteuert.

Raumordnungspolitik der SPD dient den Arbeitnehmern und den von der Monopolisierung bedrohten kleinen und mittleren Unternehmen.

2. Das saarländische Landesplanungsgesetz vom Mai 1964 wird im Hinblick auf eine Kompetenzerweiterung des Landtags bei Aufstellung und Verabschiedung des saarländischen Raumordnungsprogramms geändert. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Saarlorlux-Dreieck wird verstärkt werden.
3. Wir gehen davon aus, daß die Schaffung gleicher Lebensbedingungen in „Stadt“ und „Land“ nur durch Förderung von Siedlungsschwerpunkten auf Entwicklungsachsen möglich ist. In einem Raumordnungsplan werden daher Achsen und Siedlungsschwerpunkte enthalten sein. Die Entwicklungsachsen werden zur bestmöglichen Mischung der gemeindlichen Grundfunktionen: Wohnen, Arbeiten, Bilden, Erholen, Energie und Verkehr, geschaffen. Sie reichen über die Landesgrenze hinweg und haben zudem die Aufgabe, Wachstumsimpulse in schwächere Räume zu leiten.

Durch sinnvolle Zuordnung von Wohn-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen zu Arbeitsplätzen, Gesundheitspflege, Energieversorgung und Verkehrserschließung wird es die SPD ermöglichen, die jahrelangen Versäumnisse der CDU zu überwinden.

4. Wir werden die Ziele von Landesplanung und Raumordnung verbindlich formulieren, die jahrelange Unsicherheit in der saarländischen Politik beseitigen und dadurch Städte und Gemeinden endlich in die Lage versetzen, ihren Raum durch Aufstellung von Sanierungs- und Bauleitplänen zu ordnen.
5. Der Raumordnungsplan basiert auf einer eingehenden Grundlagenplanung für Wasserwirtschaft - Waldwirtschaft - Landwirtschaft - Bodenvirtschaft, zusammengefaßt als Landschafts- und Naturflächenplanung, welche wiederum Aufschluß über die Belastbarkeit des Landes gibt, und dem hierauf abzustimmenden Wirtschafts- und Siedlungsplan.

Internationale Zusammenarbeit SAAR-LOR-LUX- Dreieck

Landesplanung baut Unsicherheiten ab

6. Der Wirtschaftsplan berücksichtigt die unterschiedliche Wirtschaftskraft unserer Kreise.

Er hat das Ziel:

- Industriegelände verfügbar zu haben (Nutzungseigentum und Kontrolle);
- eine Vorratsschaffung von Industriegelände zu sichern;
- rechtzeitig regionale Schwerpunktprogramme zu entwickeln;
- eine Zusammenfassung der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften vorzunehmen;
- einen zentralen Naherholungsplan zu erstellen.

Siedlungsplan soll optimale Nutzung der Landschaft sichern

7. Der zu erstellende Siedlungsplan muß die mögliche und erforderliche Baudichte, Nutzungsart und Zentralfunktion der Entwicklungsschwerpunkte aufweisen. Bestandteil des Siedlungsplanes ist ein auf das Achsensystem zugeschnittener Generalverkehrs- und Energieversorgungsplan, welcher unter Berücksichtigung des integrierten Verkehrsverbundes, dem Prinzip der Linienbündelung folgend, bei maximalem Verkehrsaufkommen zur Minimierung des Flächenbedarfs führt und eine größtmögliche Raumbildung für verschiedene Flächennutzungen und einzelne Landschaftsgebiete gewährleistet.

Der völlig fehlende Siedlungsplan in unserem Lande löste Entwicklungen unserer Städte und Gemeinden aus, die für deren Leben verhängnisvoll geworden sind.

Gleichzeitig steigerte das Fehlen die Kosten zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur, was wiederum andere lebenswichtige Reformen finanziell unmöglich machte.

Städtebau

1. In der Vergangenheit führte die räumliche Trennung der Daseinsfunktionen des Menschen: Arbeiten und Wohnen, Bilden und Erholen, Sich begegnen sowie die Verkehrerschließung und Energieversorgung zu einer Entmischung unserer Städte und Gemeinden. Die Funktionstrennung durch Zuweisung der einzelnen Funktionen in abgesonderte Teilgebiete tötete städtisches Leben durch Verlust der

Urbanität. Die Trennung verdrängte das Wohnen aus den Citys, Ergebnis der ausschließlichen Orientierung an der Steigerung der Grundrente durch die Grundeigentümer.

Dies brachte nur Kaufhäuser und Versicherungspaläste in den Innenzonen und Wohnungen an den Randzonen.

Städtebau muß daher zu einer Funktionmischung führen. Städtebau und Ortsplanung sind die wichtigsten sozialen und räumlichen Gestaltungsmittel der Selbstbestimmung der Bürger.

Die bereits mit Hilfe der Bundesregierung in Gang gekommenen städtebaulichen Sanierungen in Saarbrücken, Neunkirchen, Völklingen, Dudweiler, Dillingen, Saarlouis, Ottweiler, St. Wendel, Homburg, Lebach sowie weiterer Städte und Gemeinden werden unterstützt.

2. Wir werden folgende Kriterien an städtebaulichen Planungen anlegen:

- Erhöhte Verdichtung in Kerngebieten mit sinnvoller Mischung der Funktionen = Durchmischung des Wohnens mit Versorgungseinrichtungen (Kaufhäusern, Volksbibliotheken, Arztpraxen), Einrichtungen der Administration (Gerichte, Behörden), des Gesundheitswesens (Krankenhäuser), der Kultur (Theater), des Schulwesens, des Vergnügens (Wirtschaften, Restaurants), des Sports und Wirtschaftsbetriebe. Durch entsprechende Bauformen sollen diese Funktionen in verdichteter Bauweise entstehen, um u. a. auch Freiflächen zu erhalten;
- Durchmischung der Wohngebiete mit „nichtstörenden“ Wirtschafts- und Verwaltungsbetrieben;
- Schaffung von attraktiven Wohnungen auch in Kerngebieten;
- Schaffung ausreichender Grün- und Spielflächen, Sport- und Erholungsstätten für alle Altersstufen;
- Anbindung der Siedlungsschwerpunkte an ein optimales Personennahverkehrssystem;
- Transparenz der Bau- und Sanierungsplanung durch rechtzeitige Information der Bevölkerung und Sichtbarmachung möglicher Alternativen;

**Ja zur Initiative
der Bürger**

**Bodeneigentum des
Landes darf nicht
verkauft werden**

**Kostenlose Vermittlung
von Wohnungen**

- Sicherung einer alters- und sozialstrukturmäßigen Durchmischung der Wohngebiete;
- Einhaltung gesetzlicher Vorschriften für die umweltfreundliche Energieversorgung;
- Lückenloser Nachweis des Finanzablaufs beim Bau von öffentlichen Sozial- und Versorgungseinrichtungen, damit ihre Fertigstellung gleichzeitig mit Wohnungen sichergestellt ist;
- Einbeziehung von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge in die Gesamtplanung.

3. Unsere Konzeption sieht eine Terminfestlegung für die Vorlage von Bauleitplänen durch die Gemeinden vor.
4. Wir unterstützen eine Aktivierung der jeweils betroffenen Bevölkerung in deren Bemühen, ihre Bedürfnisse gegen die Profitinteressen Einzelner durchzusetzen. Die Bildung von Selbsthilfeorganisationen (Bürgerinitiativen) der betroffenen Bevölkerung wird gefördert. Sie förderte alle gesetzlichen Grundlagen, aufgrund derer sich diese allgemeinen Interessen durchsetzen können.

Wir werden für das Bodeneigentum des Landes Regeln einführen, die einen Verkauf an Private ausschließen. Die Vergabe von „Nutzungseigentum“ wird eingeführt. Bestrebungen der Kommunen, ähnliches zu beschließen, werden nachhaltig unterstützt.

Wohnungswesen

1. Die SPD wird Zug um Zug die Wohnungsbau-mittel wieder steigern, um dem sozialen Ziel der Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses nach angemessenem Wohnraum, zu tragbaren Preisen einerseits, und den steigenden Anforderungen, hinsichtlich Größe und Ausstattung andererseits, zu entsprechen.
2. Die Wohnungspolitik ist eingebettet in die städtebauliche Konzeption. Dazu ist vorrangig eine Standortbindung der Wohnungsbaumittel an die Schwerpunkte erforderlich. Wohnformen mit breiter Eigentumsstreuung genießen Vorrang.
3. Die kostenlose Vermittlung von Wohnraum durch kommunale Wohnungsvermittlungsstellen wird eingeführt. Wohnungen der

öffentlichen Hand und öffentlich geförderte Wohnungen werden ausschließlich über diese Vermittlungsstellen angeboten.

4. Es werden baurechtliche Vorschriften erlassen, die die Integration behinderter, alleinstehender und alter Menschen in den allgemeinen Wohnbereich ermöglichen. Die Wohnbereiche sind so zu durchmischen, daß alle Gesellschaftsgruppen, ob kinderreiche oder junge Familien, ob Alleinstehende oder ausländische Arbeitnehmer, ob behinderte oder alte Menschen voll integriert werden. Öffentliche Mittel dürfen nur zur Schaffung menschengerechter Wohnungen verwandt werden. Hierzu treten auch die Anlagen von Spielplätzen im Rahmen der vorschulischen Erziehung.
5. Eine Novellierung des Wohngeldgesetzes, die die Einkommensentwicklung berücksichtigt, ist erforderlich.
6. Es wird schleunigst ein Gesetz verabschiedet, das den Gemeinden die Befugnis geben soll, Wohnungsmißstände festzustellen und deren Beseitigung durchzusetzen. Dies bedingt eine zweifelsfreie Formulierung der Punkte, an denen eine menschenwürdige Wohnung, entsprechend den gestiegenen Anforderungen nach Größe und Ausstattung, zu messen ist.
7. Bei der Hochschule des Saarlandes wird ein Institut für Wohnen und Umwelt gegründet, das die gegenwärtigen Formen des Wohnens und Zusammenlebens kritisch untersucht und insbesondere Vorschläge für die Verbesserung der Wohnverhältnisse der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten erarbeitet.

**Öffentliche Mittel
zur Schaffung
menschengerechter
Wohnungen**

**„Institut für Wohnen
Wohnen und Umwelt“
im Saarland**

5. Umweltpolitik

Grenzen der Belastbarkeit erreicht

Unsere Generation muß die Erfahrung machen, daß nach jahrzehntelangem Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen, nach unbedachtem und leichtfertigem Umgang mit den gemeinschaftlichen Gütern Luft, Wasser und Landschaft, nun die Grenzen der Belastbarkeit unseres Lebensraumes erreicht werden. Die Steuermechanismen auch unserer Gesellschaft haben versagt, die frühen Warnungen der Wissenschaft wurden nicht ernst genommen. Die marktwirtschaftliche Steuerung alleine hat sich im Kampf gegen die Umweltverschmutzung als unbrauchbar erwiesen, da z. B. gesundheitliche Schäden und Verminderung der Lebensqualität nicht über den Preis erfaßt und damit gesteuert werden.

Die SPD-FDP-Bundesregierung hat sich seit ihrem Bestehen mit großer Kraft der Umweltproblematik gestellt und teilweise als Vorreiter in Europa entscheidende Akzente gesetzt. Das von SPD und FDP getragene gesetzgeberische Reformwerk zum Umweltschutz gründet sich auf drei zentrale Grundsätze, nämlich dem Verursacherprinzip, dem Vorsorgeprinzip und dem Prinzip „Umweltfreundliche Technik“:

1. Der Verursacher zahlt

Die Kosten der Umweltbelastung hat grundsätzlich der Verursacher zu tragen. Das Verursacherprinzip wird zu höheren Kosten und auch zu höheren Preisen führen. Das muß in Kauf genommen werden. Es werden jedoch wirtschaftliche Anreize geschaffen, Umweltbeeinträchtigungen zu vermeiden und auf umweltfreundlichere Produkte auszuweichen.

2. Vorsorgen ist besser

Eine vorausschauende Raum- und Umweltplanung **vermeidet** das Auftreten von Schäden. Die Umweltvorsorge orientiert sich an den ge-

sellschaftlichen Bedürfnissen nach menschlicher Gesundheit, langfristiger Ressourcensicherung und den Notwendigkeiten des Naturhaushaltes.

3. Umweltfreundliche Technik

Wesentliche Voraussetzung jeder Umweltpolitik ist die Entwicklung und Bereitstellung umweltfreundlicher Produkte, Verfahren und Technologien.

Erweiterte Bundeskompetenz

Der Umweltschutz erfordert eine Ausweitung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Gegen den Rat der Fachleute und gegen die weit überwiegende öffentliche Meinung wird die Ausweitung der vollen Zuständigkeit des Bundes auf den Naturschutz und den Gewässerschutz durch die CDU-CSU-Mehrheit im Bundesrat seit Jahren blockiert. Wichtige Reformen, z. B. das Abwasserabgabengesetz, nach dem das Einleiten von ungeklärtem oder nicht ausreichend geklärtem Abwasser in Gewässer durch finanzielle Abgaben „bestraft“ werden soll, werden von der CDU/CSU hintertrieben.

**CDU blockiert
Umweltschutz**

Situation im Lande

Die Durchführung der vielen neuen gesetzlichen Bestimmungen liegt zu einem großen Teil in der Zuständigkeit der Länder. Das Vorherrschen der Schwerindustrie sowie die große Bevölkerungsdichte machen große Teile unseres Landes zu einem Problemgebiet für den Umweltschutz. Die von der CDU geführten Landesregierungen haben zudem viel zu lange die Augen geschlossen oder den Umweltschutz zu einseitig durch die Brille der Industrie gesehen. Derartige Nachlässigkeiten und Rücksichtnahmen können wir uns in unser aller Interesse jedoch nicht mehr leisten.

Die SPD hat als Oppositionspartei sowohl durch ständigen Druck im Landtag wie auch durch Bürgerinitiativen die Landesregierung wenigstens in Einzelfällen aufgerüttelt, der fortlaufenden Verschlechterung der Umweltbedingungen nicht mehr wie bisher tatenlos zuzusehen. So legte die SPD schon im Mai 1972 einen detaillierten und dem saarländischen Ballungsraum angepaßten Smog-Warnplan Saar vor. Eine der vielen von der SPD geführten Bürgerinitiativen erkämpfte beispielsweise den Verzicht eines großen Hüttenwerks auf

**SPD erkämpft Stopp der
Luftverschmutzung**

eine noch weitergehende Verschmutzung der Luft. 18 000 Unterschriften aus der Bevölkerung stärkten der SPD den Rücken.

Eine SPD geführte Landesregierung wird für das Saarland folgende Akzente setzen:

Raumordnung

Mit der Ordnung des saarländischen Raumes wird der immer stärker werdende Belastung unseres Landes entgegengewirkt werden.

- Ein grenzüberschreitendes regionales Raumordnungsprogramm, welches den Gesichtspunkten der Umweltpolitik Rechnung trägt, ist aufzustellen.
- Die Landesplanung wird verstärkt die kommunale Bauleitplanung und die Stadtentwicklung im Hinblick auf den Umweltschutz integrieren.
- Industrie- und Wohngebiete werden einander so zugeordnet, daß weder die Wohngebiete belastet noch die Industrie in ihrer Entwicklung behindert wird.
- Bei der Planung von Wohngebieten ist besonders deren Anschluß an Nahverkehrseinrichtungen zu berücksichtigen.
- Naturnahe Freiräume innerhalb der Ballungsgebiete und freie Landschaftsräume in ihrer Umgebung sind zu erhalten und für die Erholung zu erschließen. Die für die Naherholung bedeutenden Flächen müssen verstärkt von der öffentlichen Hand erworben werden oder unter Schutz gestellt werden.

Naturschutz für die Naherholung

Landschaftspflege

Das Gleichgewicht zwischen der Inanspruchnahme des Naturhaushaltes und dessen Leistungsmöglichkeiten ist durch bedarfsgerechte Landschaftsentwicklung zu sichern.

Landwirtschaft im Dienst der Landschaftspflege

- Die Wiederherstellung, Pflege und Entwicklung der Landschaft ist öffentlich zu fördern. Zur Landschaftspflege gehören Flurbereinigung, Aufforstung und Walderschließung. Landschaftsschäden, z. B. Schäden durch Abgrabungen sind zu beseitigen.
- Bei der Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Betriebe, die bisher nach überwiegend ökonomischen Kriterien

vorgenommen wurde, ist in größerem Maße auf die Belange der Landschaftspflege Rücksicht zu nehmen.

- Die bestehenden Landschaftsschutzgebiete werden nicht, wie bisher leider so oft geschehen, aus vordergründigen Interessen angetastet werden.

Erst eine gesunde Landschaft schafft menschenwürdige Umweltverhältnisse.

Luftreinhaltung

- In den Belastungsgebieten wird ein integriertes Meßsystem zur großflächigen Erfassung der Immissionen unverzüglich aufgebaut. Die hierdurch gewonnenen Daten werden zur Erstellung von detaillierten Belastungskarten herangezogen und dienen somit zur Grundlage und Entscheidungshilfe für Planung und Genehmigungsverfahren.
- Gleichzeitig werden die Verursacher der Belastung festgestellt (Emissionskataster) und ein Plan zur Verminderung der Emissionen ausgearbeitet. Hierbei werden die neuen gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die sich aufgrund des von der SPD-FDP-Bundesregierung durchgesetzten neuen Immissionsschutzgesetz ergeben.
- Durch die strikte Überwachung eines umfassend angelegten Luftreinhalteplans wird die Qualität der Atemluft soweit verbessert werden, daß zumindest die zulässigen Grenzwerte nicht mehr wie bisher in vielen Gebieten des Saarlandes überschritten werden.
- Zur Kontrolle von Staub und gasförmiger Emission werden verstärkt registrierende Überwachungs- und Meßsysteme eingesetzt werden, da erfahrungsgemäß Auflagen nur bei Kontrolle eingehalten werden.
- Neue Kohlekraftwerke im Saarland müssen mit Anlagen zur Entschwefelung des Rauchgases ausgerüstet werden.
- Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird in den Ballungsgebieten den Ersatz der Einzelfeuerungen durch die umweltfreundliche Fernheizung fördern.
- Die privaten Feuerungsanlagen (Heizung) sind in regelmäßigen Abständen so zu warten und einzustellen, daß durch vollständige Verbren-

**Saubere
Kohlekraftwerke**

nung der Schadstoffgehalt des Abgases minimiert und die Heizenergie optimal ausgenutzt wird.

Rationeller Energieeinsatz

Umweltschutz und rationelle Energieverwendung gehören eng zusammen, da durch den verschwenderischen Verbrauch von Energie unsere Umwelt zusätzlich belastet wird. Auch die sich abzeichnende Rohstoffverknappung zwingt uns, unser Verhalten kritisch zu überdenken.

Die bisher betriebene Verschwendungspraxis muß endlich aufhören

Fernwärme kann Energie sparen

■ So wird beispielsweise einerseits in besonderen Anlagen unter Einsatz **hochwertiger** Brennstoffe Wärme für Heizzwecke erzeugt, andererseits aber die bei der Stromerzeugung anfallende Abfallwärme ungenutzt und dazu noch umweltschädlich vergeudet. Die Elektrizitätswerke müssen gehalten werden, mit ihrer Abfallwärme nicht die Flüsse oder das Kleinklima zu belasten, sondern diese Wärme niedrigerer Temperatur zu Heizzwecken (insbesondere Fernwärme) zu nutzen.

■ Langfristig strebt die SPD die Errichtung eines Fernwärme-Verbundnetzes an, in die die Abfallwärme der Stromerzeuger eingespeist wird.

■ Zur Erzeugung einer Wärmeeinheit elektrischer Energie muß, aufgrund eines Naturgesetzes, etwa das Dreifache an Brennstoff aufgewendet werden wie bei direkter Verbrennung. Die Verschwendung der hochwertigen elektrischen Energie zur direkten Heizung sollte daher bei Neuanlagen eingedämmt werden. Neben dem Ersatz durch **Fernwärme** sollte auch, wo immer die technischen Voraussetzungen gegeben sind, der Einsatz von **Wärmepumpen** gefördert werden.

■ Die Haushaltstarife für elektrischen Strom, die zum stärkeren Verbrauch anreizen sollen und den größeren Abnehmer stark begünstigen, sind zu überprüfen.

Häuser besser isolieren

■ Die Wärmedämmung der Häuser muß zur Senkung des Energieverbrauches und Verminderung der von den Heizstellen ausgehenden Emission wesentlich verbessert werden. Neubauten ohne gute Isolierung werden auf lange Sicht nicht mehr genehmigt werden können.

Lärmschutz

Infolge planerischer und verkehrstechnischer Fehler ist in vielen Städten und Gemeinden eine Erhöhung des allgemeinen Geräuschniveaus eingetreten, die nicht mehr hingenommen werden kann. Viele Mitbürger sind bereits dadurch gesundheitlich geschädigt.

- Bei der Bauleitung werden die Erfordernisse des Schallschutzes stärkere Berücksichtigung finden. Lärmkataster werden aufgestellt und zur Planung und auch zur Bauberatung herangezogen.
- Bei jedem Wohnbauvorhaben ist zu prüfen, ob für Schlaf- und Wohnräume ausreichender Schallschutz vorgesehen ist.
- Schnellstraßen sollen möglichst nicht durch Wohn- und Erholungsgebiete gelegt werden.
- Bei besonders starker Belästigung durch Verkehrslärm sind Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen.
- Bei Kraftfahrzeugen, insbesondere Motorrädern, wird die Lärmentwicklung durch den TÜV, aber auch durch die Verkehrspolizei überwacht werden. Es geht nicht an, daß nachts die Bewohner ganzer Straßenzüge durch rücksichtslose Fahrer aus dem Schlaf gerissen werden.

Lärm macht krank

Wasser

- Die Einleiter von Abwässern werden (vollständig!) erfaßt bzw. überprüft werden.
- Wir werden anstreben, daß grundsätzlich alle industriellen, gewerblichen und gemeindlichen Abwässer mechanisch und biologisch-chemisch gereinigt werden. Hierbei müssen die dem heutigen Stand der Technik entsprechenden perfektionierten Reinigungs- und Aufbereitungsverfahren umfassender eingesetzt werden.
- Die Forderungen des Wasserhaushaltsgesetzes zur Reinhaltung der Gewässer werden wir endlich voll durchsetzen.
- Wo immer möglich, soll die Industrie dazu übergehen, ihren Bedarf an Brauchwasser aus Oberflächenwasser zu decken. Unser Grundwasser muß der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung vorbehalten bleiben.

**Keine ungereinigten
Abwässer in die Flüsse**

**Grundwasser darf
nicht verschwendet
werden**

- Die durch die Grenzlage des Saarländers bedingten Gewässerprobleme sind durch internationale Vereinbarungen zu lösen.

Abfallbeseitigung

Großanlagen anstelle der vielen Müllkippen

- Die SPD wird schnellstens einen Abfallbeseitigungsplan für das Saarland erstellen, der sich nicht nach vordergründig parteipolitischen sondern allein nach ökologischen und technischen Gesichtspunkten der Abfallbeseitigung richtet. Die betroffenen Gemeinden mit ihren Bürgern sind vorher anzuhören.

- Die Rekultivierung der vielen Deponien und „Müllkippen“, die nach dem Abfallbeseitigungsplan durch die Konzentration auf wenige Großanlagen endlich überflüssig werden, wird energisch vorangetrieben.

- Die häufig von Industrie, Gewerbe und auch privaten Haushalten geübte Praxis, Abfallstoffe aller Art unsachgemäß an Ort und Stelle zu verbrennen, wird aus Gründen der Luftreinhaltung energisch unterbunden werden.

- Im übrigen werden alle Bestimmungen des neuen Abfallbeseitigungsgesetzes ohne Verzögerung durchgeführt werden.

Müll als Rohstoffquelle

- Der Müll ist nicht nur als „Abfall“ sondern auch als Rohstoffquelle zu sehen. Die wirtschaftliche Betrachtung zur Wiederverwendung von Abfallstoffen sind durch die Beachtung von ökologischen Gesichtspunkten und des Problems einer aktuellen oder zukünftigen Rohstoffverknappung zu vervollständigen.

Kreisbeauftragter

Es wird ein Kreisbeauftragter für Umweltschutz — analog dem schon installierten Kreisbeauftragten für Naturschutz — eingesetzt werden. Der Kreisbeauftragte für Umweltschutz soll folgende Aufgaben wahrnehmen.

- Anhörrecht zur kommunalen Bauleitplanung und bei Industrieansiedlungen im Planungsstadium

- Überwachung der Einhaltung von Auflagen nach dem Bundes-Immissionsschutz-Gesetz und dem Abfallbeseitigungsgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen in Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden

- Kontaktadresse für Bürger, Verwaltung und Betriebe zu Fragen des Umweltschutzes
- Erstellung einer Abfallbörse auf Kreisebene zur Weiterleitung an Landes- und Bundeseinrichtungen gleicher Art.

Umweltschutz, eine echte Gemeinschaftsaufgabe

Umweltschutz ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe, die von allen betrieben werden muß, aber auch allen Bürgern unseres Landes zugute kommt.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird daher:

- Das Umweltbewußtsein der Bevölkerung weiter stärken.
- Die in allen Umfragen schon jetzt zum Ausdruck kommende Bereitschaft des größten Teiles unserer Bürger, aktiven Umweltschutz zu unterstützen und zu betreiben, auch zu unser aller Gunsten in Anspruch nehmen.
- Darauf dringen, daß Umweltschutz in den Lehrplänen der Schulen innerhalb geeigneter Fächer stärker berücksichtigt wird.

Es genügt heute nicht mehr, die weitere Umweltverschmutzung nur aufzuhalten; wir müssen vielmehr auf breiter Front die bestehenden Gefahren energisch zurückdrängen.

Umweltschutz in die Lehrpläne

6. Bildungspolitik

Unsere Zeit ist gekennzeichnet durch immer raschere gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Veränderungen. Manche Berufe, die noch vor zehn Jahren große Bedeutung besaßen, sind heute kaum noch gefragt, während andererseits neue gesellschaftliche und wirtschaftlich-technische Probleme entstanden sind, die mit den herkömmlichen Arbeitsformen, beruflichen Qualifikationen und politischen Entscheidungsmodellen nicht mehr zu lösen sind.

Unsere Zukunft hängt von der Qualität unseres Bildungswesens ab

Die Bewältigung der Zukunftsprobleme unseres Landes hängt deshalb in entscheidendem Maße von der Qualität unseres Bildungswesens und dem Stand unserer Forschung ab. Berufliche Qualifikation, wissenschaftlicher Fortschritt und gesellschaftspolitische Bildung aller Bürger entscheiden über das Wachstum unseres gesellschaftlichen Wohlstands und über die Zukunft unserer Demokratie.

Bildungspolitik muß zukunftsorientierte Reformpolitik sein

Bildungspolitik kann sich deshalb auch nie auf die Erhaltung oder den bloßen Ausbau des bestehenden Bildungswesens beschränken, sondern muß vorausschauende, zukunftsorientierte Reformpolitik sein. Wer die für unsere Zukunft entscheidenden Reformen unseres Bildungswesens verhindert und bei dem Bürger Angst vor der Bildungsreform zu erzeugen versucht, handelt verantwortungslos.

Mehr Lebensqualität

„Bildung und Kultur müssen als Einheit gesehen werden. Die Verbindung von Bildung und Kultur ist eine wichtige Voraussetzung und Ergänzung von gesellschaftlicher Reform überhaupt.“

- Sie schafft ein Gegengewicht zur schulischen Auslese und der damit verbundenen Festlegung von Lebenschancen.
- Sie stellt einen wichtigen Schritt in Richtung auf Erweiterung von Fähigkeiten zur Mitbestimmung und Mitverantwortung in der Arbeit.
- Sie ist eine wichtige Voraussetzung, um Forderungen nach einer Humanisierung der Arbeitswelt durchzusetzen.
- Sie ist ein Beitrag zur Aufhebung der Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung.“

Ziele sozialdemokratischer Bildungspolitik

Sozialdemokratische Bildungspolitik orientiert sich an den demokratischen Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und trägt bei zur Sicherung und Mehrung gesellschaftlichen Wohlstands.

Verwirklichung demokratischer Grundrechte

Bildungspolitik in der demokratischen Gesellschaft hat vor allem anderen den Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen,

- soziale Ungerechtigkeit abzubauen und Chancengleichheit für alle zu erreichen,
- durch Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft zu mehr Demokratie beizutragen und das Recht des einzelnen auf Selbstbestimmung zu verwirklichen sowie dem einzelnen ein Höchstmaß an persönlicher Entfaltung und Freiheit bei der Gestaltung seines Lebens zu ermöglichen.

Trotz hoher und ständig steigender Bildungsausgaben hat das bestehende Bildungssystem kaum zur Verwirklichung dieser gesellschaftspolitischen Ziele beigetragen. Nach wie vor werden Chancengleichheit und das Recht auf persönliche Entfaltung entscheidend behindert durch

- unzureichende Förderung von sozial, kulturell, geistig oder körperlich behinderten Kindern,
- Gliederung des Bildungswesens in Hauptschule, Realschule und Gymnasium, die den Lebensweg eines Menschen bereits im Alter

Chancengleichheit für alle

Struktur­mängel des bestehenden Bildungswesens behindern soziale Gerechtigkeit

**Mehr Einfluß
für die direkt
Beteiligten**

von zehn Jahren weitgehend festlegt und so zu einer ungerechtfertigt frühen Einengung führt,

■ fortgesetzte Diskriminierung beruflicher gegenüber der allgemeinen Bildung und damit verbundene Abwertung handwerklich-industrieller und landwirtschaftlicher Berufe.

Nach wie vor haben die am Bildungsprozeß direkt beteiligten Gruppen der Schüler, Eltern und Lehrer kaum Einfluß auf die Gestaltung des Bildungswesens.

Nach wie vor ist der Bereich beruflicher Bildung weitgehend der öffentlichen Kontrolle und der Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer entzogen.

■ **Strukturelle Reformen unseres Bildungssystems zur Erzielung von mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Demokratie stehen deshalb an der Spitze sozialdemokratischer Bildungspolitik.**

Wachstum des gesellschaftlichen Wohlstands

Sozialdemokratische Bildungspolitik setzt als zukunftsorientierte Reformpolitik Planung und Koordination mit allen anderen Bereichen politischen Handelns im Rahmen einer Gesamtentwicklungsplanung voraus. Ihr Ziel ist die Sicherung und Mehrung gesellschaftlichen Wohlstands durch Orientierung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts an den Bedürfnissen der Gesellschaft.

**Bildungspolitik als
Instrument langfristiger
Sozial- und
Wirtschaftspolitik**

■ **Bildungspolitik ist in diesem Sinne zugleich eines der wichtigsten Instrumente langfristiger Sozial- und Wirtschaftspolitik der SPD-Saar und hat wegen der strukturellen Verhältnisse der bisherigen CDU-Landesregierungen gerade für die Entwicklung unseres Landes strategische Bedeutung. Allein schon aus diesem Grunde bedarf es auch im Bildungswesen neuer Formen der Planung und politischen Entscheidung, die sich am Grundsatz der Mitbestimmung aller Beteiligten orientieren.**

Sozialdemokratische Bildungspolitik fördert als zukunftsorientierte Reformpolitik den Ausbau und die Anwendung wissenschaftlicher Forschung in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Bei der Gestaltung des Bildungswesens selbst nutzt

sie wissenschaftlichen Fortschritt durch inhaltliche und methodische Verbesserung der Lehr- und Lernprozesse sowie durch systematischen Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten.

Eine stärkere Orientierung wissenschaftlicher Forschung an den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen, die Einbeziehung der Hochschule des Saarlandes in das Gesamtprogramm beruflicher Fort- und Weiterbildung, Intensivierung der Bildungsforschung und der Lehrerfortbildung sowie Ausbau der Erwachsenenbildung unter Einbeziehung der Bibliotheken gehören deshalb zu den Schwerpunkten sozialdemokratischer Bildungspolitik im Saarland.

Wachstum gesellschaftlichen Wohlstands beschränkt sich nicht allein auf das Wachstum der Wirtschaft, sondern ist vielmehr zu messen an der Steigerung der Lebensqualität unserer Gesellschaft insgesamt. Es umfaßt deshalb auch die Förderung der Theater, Museen, Musikvereinigungen und anderer kultureller Einrichtungen unseres Landes sowie die Schaffung neuer Möglichkeiten zur kulturellen Nutzung der Freizeit.

Für eine zukunftsorientierte Reformpolitik ist es höchste Zeit in unserem Lande. Eine von Sozialdemokraten geführte Landesregierung wird deshalb unverzüglich mit der Einleitung der längst überfälligen Reformen unseres Bildungswesens beginnen.

Veränderungen des Bildungswesens brauchen jedoch auch Zeit. Wir sagen deshalb in diesem Regierungsprogramm sehr deutlich, welche bildungspolitischen Reformmaßnahmen eine von der SPD geführte Landesregierung bereits 1975 bis 1979 durchführen wird und wie unser langfristiges Programm für die 80er Jahre aussieht.

Bildungspolitisches Reformprogramm der SPD-Saar

Bildungspolitik kann nicht isoliert in einem Land betrieben werden, sondern verlangt Abstimmung mit den anderen Bundesländern. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich die Bemühungen der sozialliberalen Bundesregierung und der von ihr geschaffenen Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, die Entwicklung des Bildungswesens in der gesamten Bundesrepublik zu koordinieren und möglichst zu vereinheitlichen, so daß

Ausbau der Erwachsenenbildung

**Bildungswesen
in der Bundesrepublik
vereinheitlichen**

**Keine unnützen
Schulprobleme bei
Wohnungswechsel
innerhalb
der Bundesrepublik**

sich bei Wohnungswechsel von einem Bundesland in ein anderes keine unnützen Schulprobleme ergeben. Unser bildungspolitisches Programm orientiert sich darüber hinaus jedoch auch noch an den besonderen Problemen und bildungspolitischen Notwendigkeiten des Saarlandes sowie an den Grundzielen sozialdemokratischer Reformpolitik für deren rasche Verwirklichung wir uns gemeinsam mit den anderen von der SPD geführten Landesregierung einsetzen.

**Bildung darf nicht vom
Geld der Eltern
abhängen**

Ausbildungsförderung und Beratung

Chancengleichheit setzt zunächst und vor allem voraus, daß Bildung nicht vom Einkommen der Eltern oder vom Wohnort des Lernenden abhängig ist. Die sozialliberale Koalition in Bonn hat mit Gesetz vom 1. 10. 1971 die Grundlage einer staatlichen Ausbildungsförderung geschaffen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Chancengleichheit geleistet.

**Lernmittel- und
Fahrtkostenfreiheit
für alle Schüler**

Darüber hinaus hat sich die SPD-Saar in der Vergangenheit mehrfach und nachdrücklich für Lernmittel- und Fahrtkostenfreiheit für alle saarländischen Schüler eingesetzt. Die Lernmittelfreiheit ist teilweise erreicht. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Lernmittelfreiheit ausweiten und bis 1979 volle Fahrtkostenfreiheit für alle Schüler einführen.

**Bildungs- und
Berufsberatung
sind Voraussetzung
der Chancengleichheit**

Chancengleichheit ist nur möglich, wenn der Lernende seine eigenen Fähigkeiten realistisch einschätzen kann und über die Möglichkeiten informiert ist, die durch die verschiedenen Bildungsgänge und Berufe geboten sind. Der Ausbau von Beratung und Information gehört deshalb zu den Schwerpunkten unserer Reformpolitik. Er umfaßt die Einrichtung eines Beratungsdienstes für Kindergärten, der sich vor allem mit Erziehungsberatung und mit der Früherkennung von geistigen Schäden befassen soll, sowie die Schaffung von Beratungsstellen für den Bereich der familiären Erziehung, der Schulen, der Weiterbildung und der Hochschule. Aufgaben dieser Beratungsstelle sind vor allem Hilfe bei Lern- und Verhaltensstörungen sowie Unterstützung der Lernenden und ihrer Eltern bei der Bildungs- und Berufswahl.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird bis 1979 durch Verabschiedung eines Erziehungsberatungsgesetzes und durch entsprechende No-

vellierung des Kindergartengesetzes die Voraussetzungen dafür schaffen, daß in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den freien Trägern für je 2000 Kinder im Vorschulalter und für je 5000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter eine Erziehungsberater-Stelle (Arzt, Psychologe oder Sozialarbeiter) geschaffen wird.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird weiterhin bereits im Haushaltsjahr 1976 für je 20 000 Schüler eine Schulpsychologen-Stelle einrichten und die Bildungsberatungsstellen bis 1979 so ausbauen, daß auf je 5000 Schüler ein Bildungsberater (Psychologe, Pädagoge) entfällt.

Bildungsberatung soll durch entsprechende Grundlagenforschung und Begleitstudien weiter wissenschaftlich fundiert und als besonderes Fachgebiet in die Lehreraus- und -fortbildung eingeführt werden.

Der Modellversuch Studienberatung an der Universität soll als ständige Einrichtung der Hochschule des Saarlandes übernommen werden.

Vorschulische Bildung

Grundfähigkeiten schulischen Lernens, insbesondere Lernmotivation, Sprach- und Problemlösungsverhalten werden bereits vor Schuleintritt entscheidend durch die jeweilige häusliche Umwelt des Kindes geprägt. Die Forderung nach Chancengleichheit in der Bildung verlangt deshalb schon im vorschulischen Bereich Maßnahmen zur Ergänzung der familiären Erziehung und zum Ausgleich sozial bedingter Entwicklungsbehinderungen.

Wir werden uns dabei zunächst — gemeinsam mit den Gemeinden und den freien Trägern — um einen verstärkten Ausbau von Kindergärten und anderen vorschulischen Einrichtungen in ländlichen Gebieten und in Wohnbezirken mit besonderen sozialen Problemen bemühen. Bis 1979 wird eine von der SPD geführte Landesregierung durch entsprechende Förderprogramme (Aus- und Fortbildung von Kindergärtnerinnen und Kinderpflegerinnen; Kindergartenbau - Förderungsprogramm) Kindergartenplätze für alle Vorschulkinder vom vollendeten dritten Lebensjahr an schaffen.

Durch entsprechende Novellierung des Kindergartengesetzes soll die Fachaufsicht über die Kindergärten in Zusammenhang mit den Beratungsdien-

Für je 2000 Kinder im Vorschulalter und für je 5000 Schüler ein Erziehungsberater

Für je 5000 Schüler ein Bildungsberater

Bildungsberatung wird Studienfach für Lehrer

Bis 1979 Kindergartenplätze für alle Vorschulkinder vom vollendeten dritten Lebensjahr an

Verstärkung der Fachaufsicht über Kindergärten

Fortbildungskurse für Eltern

sten verstärkt werden, um eine kindgerechte Erziehung in allen Kindergärten zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen in Zusammenarbeit mit den Kindergarten-Trägern und den Beratungsdiensten für Kindergärten Fortbildungskurse nicht nur für das Personal der Kindergärten, sondern auch für Eltern durchgeführt werden, da die Verwirklichung der Grundwerte unserer Gesellschaft — Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität — in entscheidendem Maße von Art und Inhalt der Erziehung in der Familie abhängen.

Kinderkrippen und Tagesstätten in Wohnbezirken mit sozialen Problemen

Neben dem allgemeinen Ausbau von Kindergärten wird sich eine von der SPD geführte Landesregierung vor allem für die Einrichtung von Kinderkrippen und Tagesstätten für die Kinder berufstätiger Mütter sowie für die Schaffung von „Aufgabenhilfen“ für Schüler einsetzen, die zu Hause nicht ungestört arbeiten können bzw. dort keine Unterstützung erhalten.

Langfristiges Ziel der SPD-Saar ist die Schaffung von Ganztagschulen für den gesamten Bereich des öffentlichen Bildungswesens.

Förderung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer

Das Grundrecht auf Chancengleichheit gilt nicht allein für deutsche Staatsangehörige, sondern in gleicher Weise auch für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer in unserem Land. Gerade sie sind durch sprachliche und kulturelle Unterschiede zwischen Schule und Elternhaus sowie durch das oft geringe Einkommens- und Bildungsniveau ihrer Eltern und ihrer häuslichen Umwelt in besonderem Maße benachteiligt und bedürfen deshalb zusätzlicher Förderung.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird deshalb die vorschulische Bildung ausländischer Kinder gemeinsam mit deutschen Kindern durch Aufklärung bei der deutschen Bevölkerung, Werbung bei den ausländischen Familien durch Bereitstellung geeigneter Sprachlernmittel fördern. Sie wird durch besondere Fortbildungsseminare das Personal von Kindergärten und Schulen mit hohen Anteilen ausländischer Kinder auf die besonderen Bildungsprobleme dieser Kinder vorbereiten und in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung neue Modelle der schul- und berufsleitenden Sprachförderung für Ausländer erarbeiten lassen.

Die Landesmittel für Hausaufgabenhilfen und zusätzlichen Deutschunterricht sollen von bisher 10,— DM pro ausländischen Schüler/Jahr bereits im kommenden Haushaltsjahr verdoppelt und bis 1979 vervierfacht werden.

Geistige und körperliche Behinderung

Geistige und körperliche Behinderung eines Kindes beeinträchtigen seine Bildungs- und Berufschancen in einem derart starken Maße, daß ein Ausgleich durch zusätzliche Fördermaßnahmen und besondere Einrichtungen (Sonderschulen) notwendig ist. Wir Sozialdemokraten setzen uns jedoch dafür ein, daß auch die behinderten Kinder, wo immer ihre Behinderung dies zuläßt, gemeinsam mit den anderen Kindern ihres Wohngebietes erzogen werden. Wir sehen in der üblichen Aussonderung nicht nur eine Gefahr für die Behinderten, sondern für die Grundrechte unserer Gesellschaft insgesamt.

Neben dem notwendigen Ausbau von Sonderschulen und Schulkindergärten werden wir deshalb unverzüglich mit der Durchführung wissenschaftlich kontrollierter Unterrichtsversuche gemeinsam mit behinderten und gesunden Kindern beginnen und die Sonderschulen soweit wie möglich in das allgemeine Schulwesen integrieren.

Der von uns geschaffene Beratungsdienst für Kindergärten wird mit der Durchführung ärztlicher psychologischer Reihenuntersuchungen zur Früherkennung von geistigen Schäden bereits im Vorschulalter beauftragt.

Für Eltern, Kindergärtnerinnen und Lehrer der Normalschulen werden ständige Fortbildungsseminare eingerichtet, die bei der gemeinsamen Erziehung behinderter und gesunder Kinder sowie bei zusätzlichen Fördermaßnahmen für die unterschiedlichen Formen der Behinderung beraten.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird schließlich den bisher vernachlässigten Bereich der beruflichen Bildung von Behinderten beschleunigt ausbauen und gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit bis 1979 sicherstellen, daß alle Behinderten eine mindestens zwölfjährige Ausbildung mit berufsbefähigtem Abschluß erhalten.

Fortbildung und Beratung von Eltern, Kindergärtnerinnen und Lehrern

Berufliche Bildung der Behinderten ausbauen

Reform der Grundschule

Der Grundschule gehört unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen die natürliche Lernfreude des Kindes vor überhöhten Erwartungen schützen, sie entwickeln und fördern und damit das Selbstbewußtsein und die Selbständigkeit des Kindes stärken.

Aufgabe der Grundschule ist die Erziehung des Kindes zu selbständigem Denken und solidarischem Handeln.

Aus diesem Grunde sollen die Kinder allmählich vom mehr spielerischen Lernen im Kindergarten auf die schulischen Lernformen vorbereitet werden. Wir werden deshalb Vorklassen für die Fünfjährigen schaffen und sie mit der ersten Grundschule zur Eingangsstufe zusammenfassen. Kindergarten und Grundschule müssen darin ihre erzieherische Arbeit aufeinander abstimmen.

Vorklassen für die Fünfjährigen

Keine Überforderung, deshalb allmählicher Übergang vom Kindergarten zur Schule in der Eingangsstufe.

Bis 1979 soll mindestens ein Drittel aller Fünfjährigen eine Vorklasse besuchen können, die zu diesem Zeitpunkt als Modellversuch geführt und wissenschaftlich begleitet wird. Langfristig streben wir die Einrichtung von Vorklassen für alle Fünfjährigen an.

Voraussetzung für die Reform der Grundschule sind vor allem kleine Klassen. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird bis 1979 die durchschnittliche Klassengröße in der Grundschule auf 25 Schüler pro Klasse senken.

Höchstens 25 Schüler pro Klasse

Die Grundschulen sollen soweit als möglich in den Gemeindebezirken verbleiben, um die räumliche Nähe zum Wohnbereich zu sichern. Dabei soll jedoch angestrebt werden, mindestens zweizügige nach Möglichkeit jedoch mehrzügige Klassen an jeder Grundschule einzurichten, um gezielte Förderprogramme für Kinder mit speziellen Lernschwierigkeiten (Legasthenie etc.) und für behinderte Kinder einrichten zu können.

Im Mittelpunkt unserer Reformpolitik wird die Verbesserung der Bildungsformen in der Grundschule stehen. Wir werden in Modellversuchen gemeinsam mit den Grundschullehrern neue For-

men der Zusammenarbeit in der Klasse entwickeln und didaktische Ansätze zu entdeckendem Lernen und zur Förderung selbständigen Denkens und Handelns verstärken. Der Sachunterricht in in der Grundschule soll ausgebaut werden.

Bildungsforschung und Lehrerfortbildung sollen verstärkt für die Grundschulreform eingesetzt werden.

Sekundarstufe I (5. bis 10. Schuljahr):

Vereinigung des zersplitterten Schulwesens in der integrierten Gesamtschule

Die SPD-Saar hat beschlossen, die sozial ungerechte und deshalb undemokratische Zersplitterung des Bildungswesens in Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zu beenden und stattdessen die Gesamtschule als einheitlichen Schultyp mit gleichen Bildungschancen für alle zu schaffen. Sie ist damit den Empfehlungen des Deutschen Bildungsrats und der Mehrheit der Bundesländer gefolgt. Integrierte Gesamtschulen sind in den anderen großen Industrienationen seit langem mit Erfolg eingeführt.

Gesamtschule anstelle sozial ungerechter Zersplitterung

Die jetzige CDU-Mehrheit im saarländischen Landtag widersetzt sich dieser vernünftigen, fortschrittlichen Lösung. Sie verfolgt damit erneut die gleiche konservative Bildungspolitik wie in den sechziger Jahren, als sie die Konfessionalisierung des Bildungswesens verteidigte und mit dem längst überholten Bau von „Zwergschulen“ Millionenbeträge vergeudete.

Ein von der SPD geführte Landesregierung wird dieses Stückwerk beenden und im Rahmen ihrer Landesentwicklungsplanung moderne Schulzentren für jeweils etwa 1500-3000 Schüler aufbauen bzw. neu schaffen, in denen vorab Hauptschule, Realschule und Gymnasium gemeinsam und in Zukunft integrierte Gesamtschulen untergebracht werden.

Schulzentren verkürzen die Schulwege für die Schüler weiterführender Schulen, ermöglichen durch bessere Auslastung der Einrichtungen Kostensenkungen und erlauben durch moderne Unterrichtstechnologie zugleich eine Differenzierung des Bildungsangebots und damit Möglichkeit der persönlichen Entfaltung, die im herkömmlichen Bildungssystem nicht zu erreichen sind.

Schulzentren verkürzen Schulwege

Angesichts der bildungspolitischen Versäumnisse der CDU-Regierung vor allem in ländlichen Gebieten wird eine von der SPD geführte Landesregierung diesen Gebieten Vorrang bei dem Bau von Schulzentren geben.

In den städtischen Ballungsgebieten sollen jedoch durch Kooperation benachbarter Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien im Rahmen von Gesamtschulkonferenzen die gleichen organisatorischen Voraussetzungen für ein differenziertes Bildungsangebot geschaffen werden wie in den neu zu errichtenden Schulzentren.

Unser langfristiges Ziel ist die volle Integration der getrennten Bildungswege in einer gemeinsamen Schule für alle mit einem breiten Bildungsangebot für alle, das dem einzelnen ein Höchstmaß an Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit bietet.

Wir werden deshalb mit Beginn des Schuljahres 1976/77 die 5. und 6. Klasse in einer von der traditionellen Gliederung des Schulwesens unabhängigen Orientierungsstufe zusammenfassen, die Schülern, Eltern und Lehrern ein besseres Bild als bisher von den Interessen und Fähigkeiten des einzelnen Schülers vermitteln soll. Die von uns geplante Orientierungsstufe dient nicht in erster Linie der Leistungsauslese, sondern hat das Ziel, Bildungsinteressen zu stärken, zu beraten und Fähigkeiten zu fördern sowie Lernschwierigkeiten zu überwinden.

Wir werden weiterhin die Unterrichtsziele — Inhalte und -methoden in Hauptschule, Realschule und Gymnasium aufeinander abstimmen, um Übergänge zwischen den drei Schularten zu erleichtern und gleichwertige Abschlüsse zu sichern. Vorberufliche Bildung soll allen Schülern in der Sekundarstufe 1 die Möglichkeit geben, eigene Fähigkeiten und Interessen zu prüfen und berufliche Möglichkeiten kennenzulernen.

Aus diesem Grunde werden wir bis 1979 für alle Schüler das 10. Pflichtschuljahr einführen, damit auch die Schüler der Hauptschule einen Abschluß erwerben können, der den Besuch studienbezogener Bildungsgänge ermöglicht.

Solange die berufliche Grundbildung als 10. Schuljahr im letzten Jahr der Mittelstufe durchgeführt wird, soll der Erwerb des Abschlusses der

Orientierungsstufe erleichtert Übergänge

Zehntes Schuljahr wird Pflicht

Sekundarstufe 1 immer auch über das Berufsbildungsjahr möglich sein.

Durch raschen Ausbau der Bildungsberatung und durch wissenschaftlich begleitete Schulversuche werden wir bis 1979 auch die pädagogischen Voraussetzungen für die Einführung der integrierten Gesamtschule als Realschule in den achtziger Jahren schaffen.

Sekundarbereich II (11. bis 13. Schuljahr):

Vereinigung der allgemeinen und der beruflichen Bildung

Bildungsausgaben und Bildungsreform müssen nicht zuletzt auch vor den Arbeitnehmern verantwortet werden, die sie durch ihre Arbeit finanzieren. Es ist daher für uns Sozialdemokraten unerträglich, daß gerade die berufliche Bildung der Arbeitnehmer weitgehend der öffentlichen Kontrolle entzogen und nach wie vor gegenüber der allgemeinen Bildung benachteiligt ist. Neben dem Abbau von traditionellen Bildungsschranken durch Einrichtung der integrierten Gesamtschulen sehen wir deshalb die Reform der beruflichen Bildung als unsere wichtigste bildungspolitische Aufgabe für die kommenden Jahre an.

Berufliche und allgemeine Bildung sind für uns Sozialdemokraten gleichwertig. Wir werden deshalb die beruflichen Bildungsgänge so ausbauen, daß sie auch zur Berechtigung für ein wissenschaftliches Studium führen können, und wir werden zugleich die bisherige gymnasiale Oberstufe so reformieren, daß sie neben der Vorbereitung auf das Studium zunehmend berufsqualifizierende Abschlüsse im Kurssystem anbietet.

Durch Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beiden Bildungssystemen werden wir schrittweise die Vereinigung von allgemeinen und beruflichen Bildungsgängen in der neuen Schulform der Kollegstufe vorbereiten.

Zur Erreichung dieser Ziele bedarf es eines mittel- und langfristigen Reformprogramms.

Wir werden bis 1978 durch Reform der bisherigen gymnasialen Oberstufe Möglichkeiten zum gleichzeitigen Erwerb sowohl der Hochschulreife als auch erster beruflicher Qualifikationen schaffen.

**Mehr Gewicht für
berufliche Bildung**

**Durchlässigkeit zwischen
allgemeiner und
beruflicher Bildung**

**Überbetriebliche
Ausbildungszentren
sichern berufliche
Bildung**

Wir werden die Lehrinhalte in Betrieb und Schule aufeinander abstimmen und mit Unterstützung der Bundesregierung in verstärktem Maße Berufsbildungszentren als überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen bzw. als berufliche Vollzeitschulen ausbauen oder neu einrichten. In diesen Zentren sollen schrittweise die organisatorischen und pädagogischen Voraussetzungen für die Vereinigung von allgemeiner und beruflicher Bildung geschaffen werden.

Wir werden in einer von der SPD geführten Landesregierung unverzüglich alle Kompetenzen für die berufliche Bildung im Kultusministerium zusammenfassen, die gemeinsame Verantwortung aller an der beruflichen Bildung Beteiligten stärken und so die berufliche Bildung in öffentliche Verantwortung und Kontrolle überführen. Das bedeutet insbesondere: wirksame Mitbestimmung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sowie Ausbildern (Lehrern) und Auszubildenden (Schülern), Abbau der parlamentarischen Kontrolle sowie staatliche Rechts- und Fachaufsicht über die berufliche Bildung.

Durch entsprechende Förderprogramme sollen schließlich kurzfristig der drückende Lehrermangel an den saarländischen Berufsschulen behoben sowie die fachliche und pädagogische Qualifikation der betrieblichen Ausbilder in denjenigen Bereichen verbessert werden, in denen die betriebliche Ausbildung aus sachlichen Gründen auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird.

CDU als Angstmacher

Konservative Unternehmerkreise und die CDU versuchen gegenwärtig mit allen Mitteln, in der Bevölkerung Unsicherheit und Angst gegenüber Veränderungen im Bereich der beruflichen Bildung zu wecken. Sie verschweigen der Bevölkerung, welche Mängel unser jetziges Berufsbildungswesen hat und welche Probleme in Zukunft durch die jahrzehntelange Untätigkeit von CDU, Arbeitgebern, Kammern, und Verbänden auf uns zukommen werden:

**Zu wenig
Lehrstellen**

1. Während die Nachfrage nach beruflichen Ausbildungsplätzen in den kommenden Jahren durch die geburtenstarken Jahrgänge steigen wird, fehlen bereits seit Jahren — vor allem in den Arbeitsamtsbezirken Neunkirchen und Saarlouis — Plätze für Lehrlinge.

2. Es ist anzunehmen, daß sich das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen in den kommenden Jahren weiter verringern wird, da die durchschnittlichen betrieblichen Ausbildungskosten pro Lehrling und die Qualitätsanforderungen an Ausbildungsbetrieb und Ausbildung auf Grund technischen Fortschritts ständig steigen, so daß bereits heute lediglich 16 v. H. aller Betriebe noch Lehrlinge ausbilden.

3. In den Berufsfeldern Wirtschaft und Verwaltung, in denen immerhin fast 40 v. H. aller Jugendlichen ausgebildet werden, sowie in einer Vielzahl von technologischen und künstlerischen Berufen ist die berufliche Vollzeitschule der betrieblichen Ausbildung eindeutig überlegen.

4. In zunehmendem Maße wandern Fachkräfte nach Abschluß ihrer Lehre in einfache Anlertätigkeiten ab, da Art und Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze unzureichend mit dem Nachwuchsbedarf der Wirtschaft abgestimmt sind.

Ideologische Starrheit der CDU verbaut die berufliche Zukunft unserer Jugend

Gleichwohl hält die CDU unter dem Druck konservativer Unternehmerkreise in einer nicht mehr zu verantwortenden ideologischen Starrheit am Prinzip der dualen Bildung fest und nimmt es hin, daß ein so wichtiger Bereich unseres Bildungswesens wie die berufliche Bildung Gegenstand privater Entscheidungsgewalt einzelner Unternehmer ist und in letzter Zeit sogar zur politischen Erpressung gegenüber Reformbemühungen mißbraucht wurde, während gleichzeitig Tausende junger Menschen in unserem Lande keinen Ausbildungsplatz finden können, der ihnen eine gesicherte berufliche Zukunft ermöglicht.

Deshalb bleiben wir dabei: Wir werden auch die berufliche Bildung in öffentliche Verantwortung überführen und durch Verbindung allgemeiner und beruflicher Bildung die Gleichwertigkeit beider Bildungsbereiche herstellen.

Weiterbildung und Erwachsenenbildung

Die Ausbildung in Schule, Betrieb und Hochschule reicht für ein ganzes Leben nicht mehr aus, sondern muß in der Erwachsenenbildung ergänzt und fortgesetzt werden. Erwachsenenbildung ist kein Luxus, sondern trägt dazu bei, ungerechte Start-

Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze sinkt

Berufliche Bildung ist nicht Privatsache der Unternehmer

**Erwachsenenbildung
erhält berufliche
Beweglichkeit**

chancen zu korrigieren, berufliche Mobilität zu erhalten und zu fördern und die Lebensfreude und schöpferischen Kräfte des einzelnen zu steigern, ihre eigenen Angelegenheiten und die ihrer Umwelt mehr als bisher selbst anzupacken und unmittelbar an den politischen Entscheidungen in unserer Gesellschaft teilzunehmen. Erwachsenenbildung ist in diesem Sinne deshalb immer auch politische Bildung.

Wir Sozialdemokraten werden deshalb die Erwachsenenbildung gemeinsam mit ihren bisherigen Trägern und mit den Gemeinden zu einem gleichberechtigten Teil des öffentlichen Bildungswesens ausbauen.

Durch Novellierung des Erwachsenenbildungsgesetzes werden wir sicherstellen, daß die vielfältigen, aber verstreuten Ansätze der allgemeinen und der beruflichen Fort- und Weiterbildung koordiniert und den Bedürfnissen der Bevölkerung in den einzelnen Regionen (insbesondere im ländlichen Raum) sowie Bürgerinitiativen und andere Formen der Selbstorganisation von Bürgern besonders gefördert werden.

Die Mitbestimmung aller an der Erwachsenenbildung Beteiligten soll durch regionale Erwachsenenbildungsausschüsse sichergestellt werden, die paritätisch von Vertretern der zuständigen Kreistage (Stadtverbandstag), Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern sowie Vertretern der in der Region tätigen Erwachsenenbildungseinrichtungen besetzt werden sollen.

**Berufliche Weiterbildung
mit anerkanntem
Abschluß**

Die berufliche Weiterbildung soll unter Einbeziehung der Hochschule des Saarlandes in Form eines Baukastensystems organisiert werden und zu staatlich anerkannten Abschlüssen führen. Die Abschlüsse sollen in Teilschritten erworben werden können. Kommerzielle und private Weiterbildungseinrichtungen sollen ebenso wie die öffentlichen einer staatlichen Fachaufsicht unterstellt werden.

Öffentliche Bibliotheken sollen miteinander verbunden und mit finanzieller Unterstützung des Landes zu einer leistungsfähigen Weiterbildungseinrichtung ausgebaut werden, die durch entsprechende Mediotheken die Voraussetzungen für ein differenziertes Fernstudienangebot im Medienverbund schaffen sollen.

Unser Ziel ist es, jedem Bürger neben seinem Erholungsurlaub einen gesetzlichen Bildungsurlaub unter Fortzahlung seines Arbeitsentgelts zu gewähren.

**Bildungsurlaub
für alle**

Hochschule des Saarlandes

Lehre und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung

Die öffentliche Diskussion über die Hochschulreform ist bisher leider oft in einer Weise geführt worden, die eher eine weitere Abkapselung der Hochschule an ihre Integration in die Gesellschaft unseres Landes bewirkt hat. Wir Sozialdemokraten sehen darin eine schwerwiegende Fehlentwicklung, der wir uns entschieden widersetzen. Wir werden deshalb in Zukunft in verstärktem Maße die gesamtgesellschaftliche Verantwortung von Lehre und Forschung an der Hochschule verdeutlichen und dafür Sorge tragen, daß sich Studienplätze und die Ausgaben für Forschung mehr als bisher am tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf orientieren.

**Hochschule muß sich
am gesellschaftlichen
Bedürfnis orientieren**

Neue Forschungsschwerpunkte: Bildungs-, Energie- und Werkstoffforschung

Im Rahmen unserer Landesentwicklungsplanung werden wir vor allem die Studienplätze im medizinischen und im technischen Bereich ausbauen und neue Forschungsschwerpunkte im Bereich der Bildungsforschung, der Energieforschung und der Werkstoffforschung schaffen.

Einbeziehung der Hochschule in die Weiterbildung durch „Institut für Weiterbildung“

Gleichzeitig soll die Hochschule verstärkt an Maßnahmen der Erwachsenenbildung, insbesondere der beruflichen Fort- und Weiterbildung (Kontaktstudium) beteiligt werden. Wir werden zu diesem Zweck an der Hochschule des Saarlandes ein „Institut für Weiterbildung“ schaffen, das geeignete didaktische Modelle der Erwachsenenbildung entwickeln und das Weiterbildungsangebot der Hochschule in Zusammenarbeit mit den anderen Trägern der Erwachsenenbildung koordinieren und den Bedürfnissen der Bevölkerung unseres Landes anpassen soll.

In Abstimmung mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Hochschulrahmengesetz werden wir durch Novellierung der saarländischen Hochschulgesetze die bisher voneinander getrennt-

Integrierte Gesamthochschule an der Saar

ten Gliedhochschulen in einer integrierten Gesamthochschule mit differenziertem Studienangebot vereinigen, um auch im Hochschulbereich die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen zu erhöhen und die begrenzten Ausbildungskapazitäten optimal zu nutzen.

Probleme des Hochschulzugangs müssen durch Angebot gleichwertiger anderer Bildungswege und durch Ausbau der Erwachsenenbildung gelöst werden.

Die gegenwärtige Einschränkung des Hochschulzugangs ist eine schwere Belastung für Schüler, Eltern und Lehrer und eine ernste Behinderung unserer Reformpolitik. Die Lösung dieses Problems kann allerdings nicht allein im hochschulpolitischen Bereich gesucht werden. Neben der Schaffung neuer Hochschulplätze werden wir deshalb den Bereich der beruflichen Bildung beschleunigt ausbauen und durch Änderung von Laufbahnbestimmungen dafür Sorge tragen, daß allen, die ein Studium nicht ergreifen wollen oder können, gleichwertige Berufswege in Wirtschaft und Verwaltung angeboten werden. Auch in diesem Zusammenhang kommt dem Ausbau der Erwachsenenbildung, insbesondere dem Fernstudium im Medienverbund strategische Bedeutung für die Entwicklung eines sozial gerechten Bildungswesens zu.

Kernstück unserer Hochschulreform ist die inhaltliche Reform der Studiengänge. Zu ihrer Verwirklichung werden wir Studienreformkommissionen einsetzen, in denen neben den Vertretern aller Hochschulgruppen auch die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Hochschule vertreten sind, um den gesellschaftlichen und berufspraktischen Bezug der neuen Studiengänge sicherzustellen.

Voraussetzung für eine wirksame Studienreform ist weiterhin eine leistungsfähige Studienberatung die wir deshalb als Einrichtung der Hochschule des Saarlandes übernehmen und ausbauen werden.

Bildungsforschung

Modellversuche im Bildungswesen und Reform der Lehrerbildung

Bildungsreformen haben weitreichende Konsequenz für das persönliche Schicksal jedes Betrof-

fenen und für die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie bedürfen deshalb einer breiten wissenschaftlichen Begründung und sorgfältiger politischer Erprobung in wissenschaftlich kontrollierten Modellversuchen.

Deshalb: Ausbau der Bildungsforschung und Einrichtung eines Didaktischen Zentrums an der Hochschule des Saarlandes

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Bildungsforschung insgesamt ausbauen und daran in zunehmendem Maße auch die Lehrer als wichtigste Träger bildungspolitischer Reformen beteiligen. An der Hochschule des Saarlandes soll zu diesem Zweck ein „Didaktisches Zentrum“ geschaffen werden, das die gesamte Bildungsforschung koordiniert und die Umsetzung von Forschungsergebnissen in Lehrerbildung und Schulpraxis sicherstellt.

In einem umfassenden Schulversuchsprogramm sollen die pädagogischen und organisatorischen Voraussetzungen für die von uns angestrebten Bildungsreformen erarbeitet werden. Neben Wissenschaftlern und Lehrern werden wir in diesen Modellversuchen den direkt beteiligten Schülern bzw. ihren Eltern sowie den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen erweiterte Formen der Mitbestimmung und Mitwirkung einräumen, um die Reformen am tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf zu orientieren.

Bildungsreform ist ohne Reform der Lehrerbildung nicht möglich

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird sich deshalb für ein neues Lehrerbildungsgesetz einsetzen, das für Lehrer aller Schulstufen gleichrangige wissenschaftliche Ausbildung vorschreibt. Die Ausbildung gliedert sich in Studium und Vorbereitungsdienst. Das Studium an der Hochschule des Saarlandes umfaßt neben fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Studien ein gemeinsames erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium. Dabei soll der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis durch wissenschaftlich begleitete Unterrichtspraktik sowie praxisbezogene Forschungsarbeiten im Rahmen des Studiums verstärkt werden. Der anschließende Vorbereitungsdienst (Referendariat) wird an Ausbildungsseminaren in Kontakt mit der Hochschule des Saarlandes und den Schulen absolviert.

Gleichrangige Ausbildung für alle Lehrer

Die Fort- und Weiterbildung von Lehrern soll insbesondere der Vorbereitung und Durchführung notwendiger Bildungsreformen dienen. Aus diesem Grunde soll die Fort- und Weiterbildung auch eine verstärkte Beteiligung an Forschungsprojekten vorsehen, die Modellversuche im Schulbereich vorbereiten oder wissenschaftlich begleiten. Die Trägerschaft der Lehrerfort- und -weiterbildung soll von der Kultusverwaltung (Staatliches Institut für Lehrerfortbildung) auf den Hochschulbereich (Didaktisches Zentrum) übertragen werden, um auf diese Weise den Theorie-Praxis-Bezug der Lehrerfortbildung zu stärken und interessierten Lehrern neue Möglichkeiten zum Erwerb zusätzlicher wissenschaftlicher Qualifikationen (Diplom, Magister, Promotion) zu eröffnen.

Mitbestimmung und politische Entscheidung im Bildungswesen

Gesamtziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist die Stärkung unserer Demokratie und die Erfüllung demokratischer Grundrechte, die wir alle in der aktiven und verantwortlichen Teilhabe aller Bürger an den politischen Entscheidungen in unserer Gesellschaft gesichert sehen.

Auf der Ebene der Schulregionen wird die SPD neue Formen der Schulentwicklungsplanung und Mitbestimmung einführen. Im Rahmen bildungs- und wirtschaftsstatistischer Orientierungsdaten der Landesregierung sowie entsprechender Zielvorgaben der Landesentwicklungsplanung erhalten Vertreter der Lehrer, Schüler und Eltern sowie der Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen bzw. der Kammern ein verstärktes Mitbestimmungsrecht bei der Bildungsplanung der Gemeinden, Kreise und sonstigen Schulträger.

Die Fraktion der SPD im saarländischen Landtag hat deshalb bereits 1973 auch für den Bildungsbereich den Entwurf eines Mitbestimmungsgesetzes eingebracht, der Schülern, Eltern und Lehrern eine echte Mitbestimmung an allen sie betreffenden Bildungsfragen ermöglichte. Die CDU-Mehrheit im Landtag hat diesen Entwurf abgelehnt und stattdessen scheindemokratische Regelungen durchgesetzt, deren Mängel bereits bei der ersten praktischen Erprobung des Gesetzes offenkundig wurden. Die SPD wird nicht nach-

**CDU lehnt
Mitbestimmung ab**

lassen, auch im Bildungsbereich für mehr Demokratie durch Mitbestimmung aller Beteiligten zu kämpfen.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird diese Eigenverantwortung der Schule stärken und ihr durch Vorgabe parlamentarisch beschlossener Rahmenrichtlinien einen erweiterten Raum selbständiger Entscheidungen über die konkrete Gestaltung des Unterrichts ermöglichen.

Bildungsstatistik und Bildungsplanung auf Landesebene sollen in Zusammenhang mit dem Ausbau der Landesentwicklungsplanung dem Niveau anderer Bundesländer angeglichen werden. Bildungsstatistische Orientierungsdaten sollen alle zwei Jahre in einem Bericht der Landesregierung veröffentlicht werden.

Mehr Lebensqualität durch Bildungspolitik

Sozialdemokratische Bildungspolitik hat die Steigerung der Qualität des Lebens aller Bürger unseres Landes zum Ziel. Sie bemüht sich dabei nicht nur um wirtschaftlichen Wohlstand sowie wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, sondern zugleich auch um Steigerung der Lebensfreude und der schöpferischen Kräfte jedes einzelnen.

Neben der Schaffung neuer Spiel- und Sporteinrichtungen sowie dem Ausbau öffentlicher Bibliotheken und Erwachsenenbildungseinrichtungen wird eine von der SPD geführte Landesregierung deshalb die Förderung der Theater, Museen, Orchester sowie der Laienspiel-, Kunst- und Musikvereinigungen erweitern. Die von uns geplanten Schulzentren vor allem in den ländlichen Gebieten sollen dafür die räumlichen Voraussetzungen schaffen. Sportanlagen, Grünflächen, Bibliotheken, Unterrichts-, Vortrags- und Werkräume der Schulzentren sollen deshalb nachmittags- und abends den Jugendorganisationen, Sportvereinen, Parteien, Bürgerinitiativen und kulturellen Vereinigungen zur Verfügung gestellt werden und auch auf diese Weise zur Eingliederung der Schule in Gemeinde und Gesellschaft beitragen.

Bildungsplanung dem Niveau anderer Länder angleichen

Förderung kultureller Einrichtungen

7. Medienpolitik

**Für ein vielfältiges
Angebot durch
unabhängige Medien**

**Auch Schichtarbeiter
wollen fernsehen**

**Monopol der
Saarbrücker Zeitung**

**Saarländischer Rundfunk
muß erhalten werden**

■ Eine lebendige Demokratie ist auf die informierende und kritisierende Funktion der Massenmedien angewiesen. Deswegen wird sich die SPD-Saar auch in Zukunft für ein vielfältiges Meinungs- und Informationsangebot durch unabhängige Medien in Presse, Funk und Fernsehen einsetzen. Unsere besondere Aufmerksamkeit wird darauf gerichtet sein, daß die sozial schwächeren Schichten, aber auch soziale Minderheiten und Randgruppen nicht übergangen oder gar totgeschwiegen werden. Das Fernsehprogramm muß so gestaltet werden, daß Schichtarbeiter nicht länger benachteiligt werden.

■ Im Saarland ist die Freiheit und die Vielfalt der Meinungsträger nicht gewährleistet. Die Saarbrücker Zeitung hat eine monopolartige Stellung. Um so mehr kommt dem Saarländischen Rundfunk die Aufgabe zu, gerade in bezug auf regionale und lokale Berichterstattung eine Ausgleichsfunktion zu übernehmen. Von besonderer Bedeutung für die saarländischen Sozialdemokraten ist dabei die Wiederherstellung und Förderung des im Godesberger Programm geforderten publizistischen Gleichgewichts der Medien. Auf Grund der Pressemonopolsituation an der Saar ist der publizistische Wettbewerb zu fördern und durch neue Initiativen anzuregen.

■ Die SPD-Saar tritt entschieden für die Erhaltung des Saarländischen Rundfunks ein. Sie wird den 1967 ins Rundfunkgesetz aufgenommenen Privatfunkparagrafen abschaffen. Er stellt eine Gefährdung des öffentlich-rechtlichen Systems der Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland dar und bedroht insbesondere den Saarländischen Rundfunk. Bei der Änderung des Rundfunkgesetzes wer-

den wir dafür sorgen, daß die gesellschaftlich relevanten Organisationen künftig ihre Vertreter für den Rundfunkrat selbst benennen können. Die Funktion des Rundfunkrates als echtes Aufsichtsgremium ist durch Kompetenzerweiterung sicherzustellen.

- Die SPD-Saar wird die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitarbeiter des Saarländischen Rundfunks verbessern. Vertreter der Belegschaft erhalten Sitz und Stimme im Verwaltungsrat.

- Die saarländischen Sozialdemokraten werden sich zur Schaffung einer Bundeskommission für das Kommunikationswesen einsetzen. Zu deren wesentlichen Aufgaben gehören die unabhängige Beobachtung der Entwicklung der Massenmedien, gutachterliche Empfehlungen zur Wahrung der Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit und eine allgemeine Mißbrauchsaufsicht bei Monopolen. Besondere Bedeutung erhält die Forderung der Saar-SPD, die Rundfunkgebührenfestsetzung an diese Kommission, die den Status einer Royal Commission haben soll, zu übertragen.

- Die SPD-Saar wird darauf hinwirken, daß monopolartige Stellungen im Vertriebs- und Verlagswesen nicht zur Unterdrückung anderer Meinungen mißbraucht werden.

- Bei den Beratungen des Bundespresserechtsrahmengesetz wird die SPD-Saar sich dafür einsetzen, daß die journalistische Unabhängigkeit durch gesetzlich verankerte Redaktionsstatute gesichert wird. Der Tendenzschutzparagraph im Betriebsverfassungsgesetz ist abzuschaffen. Neue Monopolstellungen sind durch vorbeugende Fusionskontrollen von Presseunternehmen zu verhindern.

- Die SPD-Saar wird der Gefahr der Privatisierung der Bildungsinfrastruktur durch die audiovisuellen Hilfsmittel dadurch begegnen, daß sie daraufhin wirkt, daß verstärkte Bildungsprogramme unter öffentlich rechtlicher Kontrolle hergestellt werden.

Die SPD-Saar wird die Einsetzung von Landespresse-Ausschüssen kritisch auf Realisierungsnotwendigkeit und Realisierungsmöglichkeit überprüfen.

Mehr Mitbestimmung im SR

Unabhängigkeit der Journalisten durch Redaktionsstatute

Die saarländischen Sozialdemokraten fördern alle Initiativen und Maßnahmen, die geeignet sind, durch die Schaffung einer unbeschränkten Öffentlichkeit die Möglichkeit demokratischer Willensbildung anzuregen.

Nach der Auffassung der Saar-SPD gehört zur Medienpolitik auch im lokalen Bereich die Förderung und Schaffung von Kommunikationszentren als Ergänzung zu den Massenmedien.

- Auch überregionale Medien sind von großer Bedeutung für das Saarland. Es gilt, das Image unseres Landes im übrigen Bundesgebiet entscheidend zu verbessern. Die SPD-Saar wird daher eine offene Informationspolitik betreiben. Steuergelder für Öffentlichkeitsarbeit werden für sachliche Informations- und nicht wie bisher von der CDU-Landesregierung, für Parteipropaganda verwandt.

Gegen Parteipropaganda der Landesregierung

8. Freizeit

Stetige Arbeitszeitverkürzungen haben die Freizeit eines jeden Bürgers erheblich vergrößert. Erhöhte körperliche und nervliche Anspannung am Arbeitsplatz führen jedoch dazu, daß die Freizeit im wesentlichen zur Wiederherstellung der Arbeitskraft genutzt werden muß.

Das zentrale Bedürfnis des Menschen, seine Freizeit als wirklich „freie Zeit“ selbstgestaltend zu verwirklichen, bleibt weitgehend unerfüllt. Das Bemühen der Sozialdemokraten ist es, Freizeit als Teil der Lebensqualität des Menschen mit neuen Inhalten zu erfüllen.

Wer den Freiheitsraum Freizeit im Sinne der Chancengleichheit und Selbstentfaltungsmöglichkeit des einzelnen gestalten will, muß auch die Arbeitswelt nach diesen Kriterien reformieren; denn erst die Humanisierung der Arbeitswelt sichert den Freiheitsraum in der freien Zeit. **Die Freizeit muß davon befreit werden, lediglich der Wiederherstellung der Arbeitskraft zu dienen.**

Freiheitspolitik darf nicht vorschreiben, wie Freizeit sinnvoll zu nutzen ist, sondern muß die Voraussetzungen für entsprechende Eigenentscheidungen der Bürger schaffen durch Freizeitangebote und Freizeitinformation.

Die Freizeit darf nicht ein unwirklicher Gegensatz zum Alltag werden, sondern muß auch ein politisches und soziales Engagement des Bürgers ermöglichen.

Vordringliches Ziel sozialdemokratischer Freizeitpolitik auf Landesebene ist die Schaffung solcher Einrichtungen und Möglichkeiten, die Raum und **Gelegenheit zu Kommunikation und Eigeninitiative bieten** und gesellschaftliche wie politische Lernprozesse erleichtern.

Freizeiteinrichtungen sollen so beschaffen sein, daß sie eine **Gruppenbildung auf freiwilliger Basis ermöglichen**. Sie sollen von den Benutzern

Freizeitangebote dürfen nicht zum Ersatz werden für das Bemühen um eine Humanisierung der Arbeitswelt

Freizeitplanung muß Sozialplanung sein

möglichst weitgehend selbstverwaltet und selbstgestaltet werden können.

Einer allzu strikten Trennung der Kinder von der Erwachsenenwelt sowie einer Trennung der verschiedenen Sozial- und Altersgruppen im Freizeitbereich ist entgegenzuwirken.

Mehr Freizeit in der arbeitsfreien Zeit

Trotz der Arbeitszeitverkürzungen ist das Ausmaß an wirklich freier Zeit häufig nicht in gleichem Umfang gewachsen. Für sehr viele frißt die tägliche Fahrt von und zur Arbeitsstätte in überfüllten Verkehrsmitteln oder am Steuer des eigenen Personenwagens einen guten Teil der freien Zeit auf.

Deshalb fordern wir:

- eine regionale Entwicklungspolitik, die einer unnötigen Trennung der Wohn- und Freizeitbereiche von den anderen Lebensbereichen entgegenwirkt;
- Verbesserungen im Berufsverkehr;
- bevorzugte Förderung wohnungsnaher Freizeitmöglichkeiten neben weiter entfernt gelegenen Naherholungsangeboten im ländlichen Raum.

Freizeitgerechter Wohnungs- und Städtebau

Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist auf wohnungsnaher Freizeitmöglichkeiten angewiesen. Freizeitpolitik muß zunächst freizeitgerechter Wohnungs- und Städtebau sein. Sie darf nicht isoliert von Bildungseinrichtungen, Freizeitzentren und Altenbegegnungsstätten gesehen werden. Freizeitmöglichkeiten sollten überwiegend in den Wohngebieten selbst vorhanden sein; das heißt:

- freizeitgerechter Zuschnitt, freizeitgerechte Ausstattung und Lage der Wohnungen; individuelle Ruhezonen, Spiel- und Hobbymöglichkeiten im Privatbereich; Gemeinschaftseinrichtungen.
- Wohnungsgebäude und -gebiete mit direkt zugeordneten Freizeitmöglichkeiten für Spiel, Sport und Kommunikation.

- Dezentralisierte Freizeitangebote im Bildungs- und Kulturbereich.
- Erhaltung der städtischen Individualität und Erlebnisdichte.

Naherholung

Das Freizeit- und Erholungsbedürfnis der Allgemeinheit hat Vorrang vor den Interessen einiger weniger. Dem Ausverkauf unserer Landschaft muß energisch entgegengewirkt werden. Der Freizeitwert von Natur und Landschaft ist zu erhalten und planvoll zu entwickeln:

- Raumordnung und Landesplanung, Regionalplanung und kommunale Entwicklungsplanung müssen bei Sicherung und Ausbau von Freizeitgebieten zusammenwirken und die Freizeitbedürfnisse der Allgemeinheit sichern.
- Die kommunale Entwicklungsplanung ist mit den überregionalen Landschaftsplänen abzustimmen.
- Unsere Landschaft, insbesondere alle öffentlichen und privaten Wald- und Uferflächen müssen der Allgemeinheit zugänglich sein und in geeignetem Maße erschlossen werden.
- Wochenendhäuser sollen nur in geschlossenen Wochenendhausgebieten ausgewiesen werden. Die für die Naherholung der Allgemeinheit benötigten Gebiete sind von jeder Wochenendhausbebauung und anderen Formen privater Parzellierung freizuhalten.
- Bei der Planung von Naherholungsgebieten ist darauf zu achten, daß sie auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind. Bevölkerungsgruppen, die aus finanziellen oder sonstigen Gründen in ihrer Freizeit nicht so mobil sein können oder wollen, dürfen nicht benachteiligt werden.

Freier Zugang zu Wald und Gewässer

Sport und Spiel

Sportstätten müssen vom Land in Zusammenarbeit mit Bund und Gemeinden als Teil vielseitig nutzbarer Mehrzweckanlagen modellhaft entwickelt werden.

Freizeitsportanlagen als Teilelement integrierter Freizeitangebote sollen zu aktiven, schöpferischen Freizeittätigkeiten anregen. Sie sollen möglichst

Sportstätten für alle

alle Altersstufen und Bevölkerungsgruppen ansprechen, Gruppen und Familien ebenso wie Einzelne.

Der örtliche Sportstättenbau kann nicht schematisch auf einen festgelegten Katalog von Sport- und Spielmöglichkeiten begrenzt werden; er muß vorhandene Ansätze und regionale Besonderheiten berücksichtigen. Bei der Planung muß die optimale Ausnutzung durch den nichtorganisierten Freizeitsport, den Schulsport und den vereinsgebundenen Breitensport gewährleistet sein. Überörtliche Abstimmung und Zusammenarbeit ist weiterzuentwickeln.

Öffentliche Sportanlagen und öffentlich geförderte Vereinssportanlagen müssen — insbesondere für den Nichtorganisierten — möglichst kostenlos zugänglich sein.

Gleiche Freizeitchancen für alle Bürger

Zumindest genauso wichtig wie eine allgemeine Verbesserung des Angebots an Freizeitmöglichkeiten sind gezielte Anstrengungen, um bereits vorhandene Benachteiligungen abzubauen. Benachteiligten Gruppen muß verstärkt die Chance eröffnet werden, frei verfügbare Zeit als Freizeit zu erleben und in eigener Entscheidung vielfältig zu nutzen.

Dies ist sicherzustellen durch:

- Spezielle Angebote für Gruppen, deren besondere Freizeitsituation auch durch gut zugängliche Standardeinrichtungen nicht ausreichend Rechnung getragen werden kann (z. B. Freizeitmöglichkeiten für Behinderte oder ausländische Arbeitnehmer).
- Integration von Freizeiteinrichtungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen (z. B. Jugend- und Altenfreizeitstätten) in größeren Mehrzweckanlagen, um sozialen Isolierungstendenzen entgegenzuwirken.
- Freizeitberatung und -anleitung, wenn auf personelle Hilfen nicht verzichtet werden kann.
- Ausreichende Information aller Bürger über die in der Gemeinde und deren Umgebung gegebenen Freizeitmöglichkeiten.
- Koordinierung der Freizeitplanung, -investition und -information zwischen Land und Gemeinden.

- Keine öffentliche Förderung für profitorientierte Freizeiteinrichtungen.

Fachkräfte im Freizeitbereich

Um den genannten Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer ausreichenden Anzahl von qualifizierten Fachkräften, insbesondere von Freizeitpädagogen, und Fachpersonal des Hotel- und Gaststättengewerbes. Entsprechende Ausbildungsstätten (z. B. Hotelfachschule) sind im Saarland einzurichten.

Leitlinien zur Freizeitpolitik

Freizeit ist mehr als nur Wiederherstellung der Arbeitskraft. Sie ist kein Ersatz für die notwendige Humanisierung der Arbeitswelt.

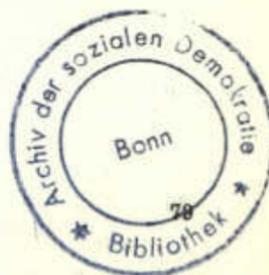
Durch Kommunikation und Eigeninitiative ist die Freizeit selbst zu gestalten. Allen Bürgern sind gleiche Freizeitchancen zu eröffnen.

Die Bürger sollen die Freizeiteinrichtungen selbst gestalten und verwalten.

Freizeitpolitik muß sowohl wohnungsnahe Freizeitmöglichkeiten, als auch verkehrsgünstig erreichbare Naherholungsgebiete kombinieren.

Der Freizeitbereich muß zur Verständigung der verschiedenen Sozial- und Altersgruppen beitragen.

Bei der Planung von Freizeitzentren und Sportstätten ist die optimale Ausnutzung durch den nichtorganisierten Freizeitsport, den Schulsport und den vereinsgebundenen Breitensport zu gewährleisten.



9. Innere Sicherheit

Das Verlangen nach innerer Sicherheit ist ein berechtigtes Anliegen der Bevölkerung. Es ist daher das selbstverständliche Ziel sozialdemokratischer Politik, die Verfassung zu schützen, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und der Kriminalität wirksam zu begegnen.

Umwelt-, Wirtschafts- und Gewaltkriminalität, aber auch folgenschwere Verstöße gegen die Gebote der Gesundheitsfürsorge und der gewerbeaufsichtlichen Vorschriften nehmen vielfach bedenkliche Formen an. Das alles belastet die innere Sicherheit, denn „innere Sicherheit“ kann nicht nur auf Fragen der Gewaltkriminalität beschränkt werden. Auch da,

Nicht nur Gewalttäter bedrohen die Sicherheit

Den Weiße-Kragen-Tätern geht es an den Kragen

- wo Arbeitnehmer unter lebensfeindlichen Bedingungen und Mißachtung notwendiger Vorkehrungen zu arbeiten gezwungen sind;
- wo Steuerzahler Milliardenverluste des Staates auf Grund von Wirtschaftsverbrechen einiger „Weiße-Kragen-Täter“ abzudecken haben;
- wo Profitstreben, z. B. im Arzneimittelsektor, schwerste gesundheitliche Folgen hat;
- wo Umweltauswüchse Freizeit- und Lebensraum vernichten;
- wo der Schwächere rücksichtslos abgedrängt wird,

da ist die innere Sicherheit des Landes beeinträchtigt.

Innere Sicherheit ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie verlangt mehr als lediglich eine ihren Aufgaben gewachsene Polizei. Trotzdem bleibt eine gut ausgerüstete und personell hinreichend besetzte Polizei die Grundlage jeder Politik der inneren Sicherheit.

Gerade auf diesem Gebiet sind der CDU schwerwiegende Versäumnisse anzulasten.

Eine sozialdemokratische Landesregierung wird daher

- das von Bund und Ländern beschlossene Programm zur inneren Sicherheit zügig in die Tat umsetzen,
- umgehend eine Funktionsanalyse und die daraus resultierende Funktionsneubewertung vorlegen, um damit eine konkrete Grundlage für die notwendigen Verbesserungen im Stellenplan für die Vollzugspolizei zur Verfügung zu haben,
- die Ausbildungssituation bei der Polizei verbessern. Insbesondere wird das seit Jahren diskutierte Ausbildungszentrum errichtet werden, denn nur über die Zusammenfassung von Bereitschaftspolizei und Polizeischule in einem einheitlichen Ausbildungszentrum kann eine bessere Koordination zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung bei der Polizei erreicht werden.
- die Polizei spürbar von Schreibtischarbeiten entlasten und sie damit mehr mit ihren eigentlichen Polizeiaufgaben betrauen. Das erfordert eine Stellenvermehrung für Angestellte und Arbeiter im Polizeidienst,
- eine verbesserte Aufklärungsarbeit leisten, um das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Polizei weiter zu verbessern und um die vorbeugende Verbrechensbekämpfung zu intensivieren.

Eine bessere Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften muß die zügige Durchführung der Strafverfahren gewährleisten.

Die innere Sicherheit hängt nicht zuletzt von den sozialen Zuständen in unserem Land ab. Eindämmung der Kriminalität ist ohne vorausschauende Gesellschaftspolitik auf die Dauer nicht möglich. Dazu gehört auch ein moderner Strafvollzug, der die Gefahr von Rückfällen mindert. Die SPD bekennt sich zur Mitverantwortung der Gesellschaft für die Resozialisierung straffällig gewordener Bürger. Wenn wir bereit sind, entlassene Strafgefangene wieder in die Gesellschaft aufzunehmen, leisten wir einen entscheidenden Beitrag zu unser aller Sicherheit.

Ausbildung der Polizei verbessern

Polizisten sind keine Schreibtischstrategen

Resozialisierung stoppt Rückfälle

10. Das Saarland und der Bund

Das Votum von 1972 unterstreichen

Das Saarland wählt einen neuen Landtag. Aber damit wird nicht nur über die Gestaltung der Politik an der Saar entschieden. Auch die Mehrheit im Bundesrat wird davon abhängen. Die Landtagswahlen werden darüber entscheiden, ob das überzeugende Votum der Saarländer für die sozial-liberale Koalition bei den Bundestagswahlen 1972 endlich auch durch eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat voll wirksam wird.

Denn Bundespolitik und Landespolitik sind auf vielen Gebieten eng miteinander verflochten. So sind im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben Bund und Länder zu einer gemeinsamen Verbesserung der Lebensverhältnisse angehalten, z. B. bei der Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Das bedeutet aber auch, daß Bund und Länder auf eine sinnvolle Kooperation angewiesen sind.

Die saarländische CDU hat seit dem Amtsantritt der sozial-liberalen Koalition in Bonn die Bereitschaft zur Kooperation vermissen lassen. Sie hat im Gegenteil zusammen mit den anderen von den Unionsparteien regierten Ländern ihre Mehrheit im Bundesrat in steigendem Maße zur Obstruktion mißbraucht.

Die CDU war dagegen, daß

- die Arbeitnehmer durch das Betriebsverfassungsgesetz mehr Rechte erhalten,
- unsere Städte und Gemeinden durch das neue Städtebauförderungsgesetz saniert werden,
- die Hochschulen durch ein Hochschulrahmengesetz reformiert werden,

- durch den Ausbau der Zuständigkeiten der Bundesregierung ein wirksamerer Umweltschutz möglich wird,
- das Ehe- und Familienrecht verbessert wird,
- die Preisbindung aufgehoben wurde,
- ein sozial gerechteres Steuersystem verabschiedet werden konnte.

Mit dieser Obstruktion muß es ein Ende haben. Die sozialdemokratische geführte Bundesregierung braucht die Unterstützung durch eine Mehrheit auch im Bundesrat, damit die erfolgreiche Politik wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Reformen ohne die ständige aus parteipolitischen Gründen verfolgte Obstruktionspolitik der CDU weitergeführt werden kann.

Insbesondere wird es darum gehen, daß die CDU-Mehrheit nicht länger verhindern kann

- die paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen, um die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken,
- eine Novelle zum Berufsbildungsgesetz, um die Ausbildungschancen zu verbessern,
- ein neues Bodenrecht zur Verhinderung der Spekulation mit Grund und Boden,
- die Verbesserung des Arbeitsschutzes und den Ausbau der Kranken- und Rentenversicherung,
- ein neues Ehe- und Familienrecht, um die Gleichberechtigung der Frauen weiter voranzutreiben.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird dafür sorgen, daß das Saarland endlich in verantwortlicher Weise mit dem Bund zusammenarbeitet.

Helmut Schmidt braucht das Saarland